neue kritik

AUS DEM INHALT:

Solidarität, Widerstand, Perspektive
(Anmerkung zur heutigen Situation des SDS)

Anmerkungen zu Theo Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland
(Der Beitrag erscheint in den "Gewerkschaftlichen Monatsheften", die uns freundlicherweise einen Vorabdruck genehmigten)

Eine Bibliographie sozialistischer wirtschaftswissenschaftlicher Arbeiten

Das Selbstverständnis von Friedenskämpfern

Bundesjugendplan: Theorie.... und Praxis

Gruppen-Berichte

neue kritik
informationen
Januar 1961

Herausgegeben vom
Bundesvorstand des
S D S

Verantwortlich: Peter Märthesheimer
Frankfurt / Main
Ginnheimer Landstr. 40

informationen 3

Liebe Gnossinnen und Genossen,

die vorliegende Ausgabe der INFORMATIONE gibt eine Art Zwischenbilanz unserer SDS-Arbeit seit der Frankfurter Delegiertenkonferenz. In Frankfurt hatten wir unsere Ent schlossenheit demonstriert, nicht dem Druck von außen zu weichen. Die Anfeindungen und Diffamierungen, die wir selbst aus den Reihe unserer Genossen erfahren mußten, ließen un nicht an unserer notwendigen Funktion an den Hochschulen und in der Gesamtgesellschaft zweifeln. Vielmehr gab uns das Wissen um diese Notwendigkeit den Mut, den Kampf gege Machtpolitik und gesellschaftlichen Druck weiterzuführen und nicht den einfacheren Weg der Resignation oder Anpassung zu gehen. M Recht konnten wir diese Delegiertenkonferen als einen neuen Start zu unserer weiteren Arbeit ansehen, denn der SDS hatte zuminde als Organisation damit die Phase der Zerspaltenheit und Unsicherheit über den weiter Weg überwunden. Wir waren uns aber wohl a in Frankfurt darüber im klaren, daß mit der Demonstration unseres Willens zwar der An fang zu neuer effektiver Arbeit gemacht war daß sich aber erst in den kommenden Monat zeigen mußte, in wie weit der Elan der Dele giertenkonferenz sich auch in die Praxis de Gruppenarbeit umsetzen und damit die Mitglieder des SDS insgesamt erfassen würde.

Nach den Ergebnissen der ersten zwei Mona des Wintersemesters können wir sagen, da sich der Wille zur Weiterarbeit auch in der Praxis der Gruppen zeigte. Wir haben heut einen relativ vollständigen Überblick über Situation der einzelnen Gruppen und die geleistete Arbeit. Ich besuchte im November

fast alle Gruppen und viele Vorstände schickten dem Bundesvorstand ausführliche Berichte. (Siehe Seite 32). Die organisatorisch- koordinierende Arbeit des Bundesvorstandes konnte nur äußerst provisorisch durchgeführt werden. Sie wurde besonders erschwert durch die allen bekannte Finanzmisere. Die Arbeit der Gruppenvorstände litt unter ähnlichen Schwierigkeiten. Dennoch konnten in nahezu allen Gruppen öffentliche Veranstaltungen mit gutem Erfolg durchgeführt werden. Einige Gruppen zeigten zusätzlich Filme und veranstalteten Ausstellungen. Unsere Algerien-Aktion wurde in den meisten Gruppen unterstützt durch Flugblatt-Aktionen, Kundgebungen oder Demonstrationen. An den Universitäten haben wir durch diese Arbeit und auch durch das Mitwirken von SDS-Mitgliedern in der akademischen Selbstverwaltung den anerkannten Platz des SDS weiter gefestigt. Daß heute unsere Mitgliederzahl höher liegt als vor der Spaltung zeugt davon, daß die Studenten, die sich mit der Arbeiterbewegung und ihren sozialistischen Zielen verbunden fühlen weiterhin Vertrauen zum Sozialistischen Deutschen Studentenbund haben und sich ihm anschließen. Der SDS ist im Bewußtsein der Studentenschaft der unbequeme, gesellschaftskritische und unabhängige Verband, in den auch jene Studenten eintreten, die zunächst nichts anderes zu uns führt, als ihre Unzufriedenheit mit den bestehenden gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen. Es liegt nun an uns, die neuen Genossen wirklich in unser politisches Handeln einzubeziehen und gemeinsam mit ihnen die sozialistische Theorie zu erarbeiten, den veränderten Bedingungen entsprechend weiterzuentwickeln und die heutigen Möglichkeiten einer sozialistischen Praxis zu prüfen. Denn unsere Verbundenheit mit der Arbeiterbewegung darf weder auf puren Emotionen noch auf abstrakten Programmen beruhen.

Während an den Hochschulen die restaurativen Tendenzen vorallem im wachsenden Elitebewußtsein der Akademiker deutlich wird und die Arbeiterbewegung und ihre Ziele immer weniger gekannt und verstanden werden, erfüllt unsere Arbeit besonders in dieser Situation eine wichtige politische Funktion. Der SDS ist über die Mitgliedschaft hinaus zusammen mit ähnlich gesinnten politischen Hochschulverbänden ein Kristallisationskern eines kritischen Bewußtseins. Wir können diese Aufgaben nicht durch die von einigen Genossen geforderten Aktionen um jeden Preis erfüllen, sondern nur durch eine bewußt geführte Praxis und theoretische Überlegenheit in der Diskussion. Unsere Arbeit in den Arbeitskreisen, welche mittlerweile an allen Gruppen durchgeführt werden, vermittelt uns das notwendige Wissen. Von einzelnen Genossen ist die Kritik geäußert worden, daß die SDS Arbeit dieses Semester zu sehr auf diesen Arbeitskreisen basiere. Und vielleicht werden auch viele beim Durchlesen dieser Nummer der INFORMATIONEN der Meinung sein, daß der Bundesvorstand die theoretische Arbeit und Auseinandersetzung zu sehr in den Vordergrund der SDS-Aktivität geschoben hat. Diesen Kritikern muß ich aber entgegen halten, daß wir im Bundesvorstand jede Aktion gutheißen werden, von der wir den Eindruck haben, daß sie eben jene theoretische Fundierung erfahren hat. Wir sollten jedoch diese Aktionen im Verband gemeinsam durchführen und benötigen dazu die Mitarbeit und das Mitdenken aller. Ich glaube, daß wir uns nicht darauf beschränken können, mehr oder weniger bildende Veranstaltungen zu "managen". Dazu bedarf es keiner Gruppenarbeit sondern nur einer geschickten Regie und gewisser Geldmittel.

Nach alle dem dürfte es deutlich sein, daß unsere theoretische Arbeit kein Ausweichen bedeutet oder gar eine Entpolitisierung. Sondern sie ist einmal zu verstehen als e i n e Form der Auseinandersetzung mit den bestehenden Verhältnissen, die den besonderen Bedingungen der Universität entspricht, und zum anderen vermittelt sie uns die notwendige Voraussetzung und Vorbereitung für jede größere Aktion.

Ich bin sicher, daß wir auf diesem Wege das leisten werden, was den Bedingungen und unseren Möglichkeiten entspricht und unseren Verband auch im Jahre 1961 als einen politischen Faktor an den Hochschulen und in der Gesellschaft erweisen wird.

In diesem Sinne rufe ich alle zur Mitarbeit auf und grüße Euch herzlich

Michael Schumann

Auszug aus dem Protokoll der Bundesvorstands-Sitzung vom 18.12.1960.

1) Aus dem Finanzbericht:

Um die Schulden zu decken, wurden folgende Möglichkeiten erwogen : Eine einmalige Umlage unter den Mitgliedern, oder freiwillige Spenden. Die Spenden vielleicht in Verbindung mit einer Werbeaktion. Dieser Einfall wurde aber als untauglich verworfen, da die Mitglieder durch die Erhöhung des Mitgliedsbeitrages schon sehr belastet sind.

In einem neuen dringenden Aufruf soll nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß die Mitgliedsbeiträge endlich bezahlt werden müssen. Außerdem ist an dem Aufbau eines Fördererkreises aus ehemaligen Mitgliedern des SDS gedacht. Sobald die neue Kritik wieder erscheinen kann, soll ein Fördererabonement für sie geschaffen werden.

2) Der Bundesvorstand beschäftigte sich auch mit der Gründung der "Unions-Partei". Folgende Stellungnnahme wurde einstimmig beschlossen: Der Bundesvorstand ist der Auffassung, daß die Haltung unseres Verbandes zur "Unions-Partei" nicht zweifelhaft erscheinen kann. Das zeigte sich auf der Delegiertenkonferenz, die eindeutig Günter Kallauch zustimmte, als er die Pläne über eine Parteineugründung kritisierte und betonte, daß der SDS sich immer als Teil der demokratischen Arbeiterbewegung verstanden habe. Die Arbeiterschaft sieht nach wie vor in der SPD und den Gewerkschaften des DGB Vertreter ihrer Interessen. Viele von uns verfolgen zwar die gegenwärtige Politk der SPD mit großer Sorge, weil wir befürchten müssen, daß sich Partei und Arbeiterschaft mehr und mehr entfremden. Wir sind jedoch der Auffassung, daß die "Unions-Partei" von der Arbeiterschaft nicht als Alternative aufgefasst werden wird, zumal die "Union" von vorneherein darauf abzielt, isoliert außen- und militärpolitisch zu argumentieren und auf jedes eigentlich parlamentarische Programm verzichtet.

Eine Partei, die bewußt "alle " Schichten repräsentieren will, und die wesentlich an Schreibtischen und in Redaktionsstuben gegründet wurde , muß von den unmittelbaren Interessenkonflikten und Widersprüchen der Gesellschaft absehen und isoliert die "Atomfrage" und die " Friedensfrage" behandeln. Wer aber meint, isoliert "Fragen" auf die "Tagungsordnung" setzen und ein sogenanntes "Problem des Sozialismus" in der Bundesrepublik "vertagen" zu können, reißt die jeweiligen politischen Aufgaben aus den politischen und gesamtgesellschaftlichen Zusammenhängen und verstellt den Massen durch diese A b s t r a k t i o n den Weg zu einer wirklichen Veränderung der Verhältnisse. Eine derartige Verselbständigung einzelner Fragen führt damit notwendig zu einer sterilen Manipulation.

Nach allen bisherigen politischen Äußerungen betreibt die " Unions-Partei" eine auf bloße "Verteidigung" und "Verhinderung" beschränkte Politik. Sie muß auf Grund ihrer heterogenen Struktur auf jede politische Perspektive verzichten. Kurt Schumacher hat diese Politik einmal als den vergeblichen Versuch der "Einsetzung in den vorherigen Stand" bezeichnet. Denn wer die Remilitarisierung der Bundesrepublik, die atomare Aufrüstung und die geplante Notstandsgesetzgebung als Ausdruck einer gesellschaftlichen Entwicklung erkennt, der weiß, daß diese Gefahren nur sinnvoll bekämpft werden können, wenn man die ihnen zu Grunde liegenden Verhältnisse zu verändern sucht. Dann gewinnt der Widerstand gegen die atomare Aufrüstung und die Verteidigung der erkämpften Verfassungsrechte die Kraft aus dem Kampf um wirklichen Frieden und für eine Veränderung der Gesellschaft.

Wir können auch der Mehrheit der "Parteigründer" , die bis jetzt bekannt wurden auf Grund ihres bisherigen politischen Verhaltens kein Vertrauen schenken. Das gilt insbesondere auch für diejenigen Kräfte, mit denen wir uns im SDS in den letzen Jahren auseinandergesetzt haben, und die heute mehr oder weniger offen für eine Unterstützung der "Unions-Partei" eintreten. Diese Kräfte haben durch die "Unions-Gründung" noch einmal Auftrieb bekommen und wir müssen damit rechnen, daß sie sich bemühen werden, den SDS im Laufe der Zeit organisatorisch an die "Unions-Partei" zu binden. Diese Bemühungen werden sich als aussichtslos erweisen. Aber damit verändert die bisherige Form der Auseinandersetzung in unserem Verband ihren Charakter. Wir haben uns in Zukunft nicht mehr allein mit einer anderen Anschauung oder Richtung auseinanderzusetzen, sondern mit einer anderen Organisation. Diese Veränderung der Auseinandersetzung bedingt Konsequenzen, von denen Georg Lukacs sagte: "Während in der Theorie die verschiedenen Auffassungen und Richtungen friedlich nebeneinander leben können, ihre Gegensätze nur die Form von Diskussionen annehmen, die sich ruhig im Rahmen einer und derselben Organisation abspielen können, ohne diese zu sprengen stellen sich dieselben Fragen, wenn sie ins organisatorische gewendet sind, als schroffe, einander ausschließende Richtungen dar."

3) Der Bundesvorstand des SDS hat einstimmig beschlossen, die Gruppe Münster von ihren Mitgliedrechten im SDS zu suspendieren.
Die Gruppe Münster hatte dem Auftrag des Bundesvorstandes des SDS nicht Folge geleistet, ein Ausschlußverfahren gegen Peter O s t, Jochen H i n d e m i t h und Jörg H ö g e m a n n einzuleiten. Die Gruppe war dazu nach der Bundesausschlußordnung verpflichtet. Die Gruppe Münster hat ferner Horst S t u c k m a n n wieder aufgenommen. Gegen Horst Stuckmann lief im Sommersemester 1960 ein Ausschlußantrag des Bundesvorstandes. Horst Stuckmann hat sich dem Ausschluß vom Verband durch Austritt entzogen. Nach der Bundesausschlußordnung hätte Horst Stuckmann im Falle eines Ausschlusses frühestens nach einem Jahr von einer SDS Gruppe wieder aufgenommen werden können.

Die Gruppe Münster und Horst Stuckmann haben gemeinsam die Bestimmungen der Bundesausschlußordnung umgangen.

Im Hinblick besonders auf die politischen Stellungnahmen Horst Stuckmanns sieht der Bundesvorstand in diesen Handlungen verbandsschädigendes Verhalten.

Unter Hinweis auf § 8 der Bundessatzung des SDS fordert der Bundesvorstand die Gruppe Münster auf, das verbandsschädigende Verhalten aufzugeben.

gez. Michael Schumann

"MÖGLICHKEIT FÜR SIE MITZUGESTALTEN"

> "Allein ist jeder Student nur Massenteilchen in den Händen anderer; eine Möglichkeit für Sie mitzugestalten, ist der SHB."

Dieser Satz beschließt ein Werbeblatt des SHB-Landesverband Niedersachsen. Es ist Peter Gorny/Hannover hoch anzurechnen, daß er sich trotzdem dafür verantwortlich erklärt; wir hätten uns dazu nicht breitschlagen lassen.

Im gleichen Werbeblatt findet sich dann noch folgendes: "Während der SDS seinen Eiertanz knapp am Randes des Kommunismus auch auf seiner Bundesdelegiertenkonferenz im Oktober weiterführte, konnte der SHB seine Stellung an den Hochschulen in den letzten Monaten weiter ausbauen". Es kommt uns hart an, dem noch etwas hinzuzufügen, unter dem strafrechtlichen Gesichtspunkt jedenfalls ist nichts zu machen, da die Aufführung besagten Eiertanzes ja am Rande des Kommunismus und nicht schon in demselben stattfindet, und die Vergewaltigung der Sprache war ja schon immer die Angelegenheit derer, die auch der Sache nicht mächtig waren. Die Brutalität, mit der der SHB Unvergleichbares vergleichbar macht, mit der er einer theoretischen Auffassung, denn ein Eiertanz am Rande des Kommunismus ist für ein SHB-Bewußtsein doch offenbar Synonym für eine bestimmte theoretische Auffassung, eine organisatorische Maßnahme entgegenstellt, nämlich das Ausbauen einer Stellung, die Brutalität jedenfalls, mit der das zusammengebracht wird, und die an das Schema des Stalinismus peinlich erinnert, ist sicher nicht zufällig: Paßt sie doch zum Gestus dessen, der die Theorie verabschiedet und die bloße Praxis fordert, der die "Ideologie abstreifen will, um sich desto eilfertiger der herrschenden anzupassen, der meint, "daß zuviel analysiert, aber zuwenig darüber ausgesat wurde, was nun eigentlich zu tun sei." (Jürgen Maruhn, Bundesvorsitzender, und Waldemar Ritter, Mitglied des Bundesvorstandes des SHB). Zum Denkverbot gesellt sich dann auch gleich die Absage an die Utopie, und Ernst Eichengrün, Bundessekretär des SHB, weiß, "daß man die Macht nicht einfach eliminieren kann, sondern daß es eine Gesellschaft ohne Macht und Herrschaft nicht geben kann." Jürgen Maruhn weiß es noch besser: " Denn es kommt kein Paradies auf Erden im Sinne eines

harmonischen Endzustandes der Gesellschaft." Die Hypostasierung der "großen und kleinen Machtkämpfe", die bruchlose Verlängerung des Gegebenen in die Zukunft ist Ausweis derer, denen nicht nur das Denken sondern auch das Träumen schon ausgetrieben worden ist. Unser Vorwurf richtet sich deshalb auch nicht in erster Linie gegen das asoziologische Bewußtsein derer, die die Identifikation "mit dem Staat an sich" fordern, sondern gegen die Gesellschaft, die das Bewußtsein so zugerichtet hat. Die Übermacht der bestehenden Verhältnisse der wahren Gesellschaft erzwingt sich gerade auch von denen Beifall, die es bloß ehrlich meinen. Dieser totalen Verdinglichung des Bewußtseins ist nur dadurch zu begegnen, daß man sie reflektiert.

pm

Anm. d. Redaktion: Wir möchten nicht unterlassen, daß Frohlocken des SHB über den Ausbau seiner Stellung und seine "dreiundzwanzig" Gruppen mit überprüfbaren Fakten zu konkretisieren: zwei Gruppen haben über 30 Mitglieder, drei um 30, alle übrigen weniger. Viele haben sogar weit unter 10 Mitgliedern, was diesen Gruppen eine Arbeit kaum möglich macht.

.-.-.-.-.-.-.-.-.

"...wir haben ein gesundes Verhältnis zur Frage der politischen Praxis..." (Ernst Eichengrün, Bundessekretär des SHB auf dem Kongress "Junge Generation und Macht.")

AUSZUG AUS EINEM PROTOKOLL DES AMTS DES SCHIEDSMANNES IN FRANKFURT (M) vom 9. Dezember 1960

Antragsteller: Jürgen Seifert, Ffm., Bockenheimer Landstr. 135

Antragsgegner: Jürgen Hagemann, Ffm., Marburger Str. 23

"Der Antragsgegner erklärt, daß er in Beziehung auf dem Antragsteller eine nicht erweislich wahre Tatsache behauptet hat, welche denselben verächtlich zu machen, oder in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen geeignet ist. Er nimmt diese Behauptnung zurück und erklärt, daß er die üble Nachrede bedauert...der Antragsteller erklärt, daß er diesen Vergleich anerkennt."

Der Frankfurter SHB-Einzelgänger Hagemann, der auch die Kosten zu tragen hat, hatte während der Spaltung behauptet, Jürgen Seifert erhalte "chiffrierte Briefe" und arbeite "illegal".

Abdruck aus der d e b a t t e (Berliner Zeitschrift des SDS)

Solitarität, Widerstand, Perspektive

Der Sozialistische Deutsch Studentenbund hat die Krise der letzten Monate gut überstanden. Nach der Abspaltung des ultrarechten Flügels und seit der Diskriminierung durch den SPD-Parteivorstand ist er zahlenmäßig stärker und geistig lebendiger als zuvor geworden. An verschiedenen Hochschulorten kam es zu einer wahren Welle von Neueintritten. Professoren und Studenten, oft politis ch gar nicht nahestehend, sprachen uns Mut zu und mahnten, nicht die Nerven zu verlieren. Die Delegiertenkonferenz tagte Anfang Oktober in einer Atmosphäre ruhiger Sachlichkeit, sie bekannte sich zur demokratisch-sozialistischen Arbeiterbewegung, zum Widerstand gegen alle Frieden und Freiheit bedrohenden Tendenzen und zur Selbstbehauptung des SDS als einzigen s o z i a l i s t i s c h e n Studentenbund. Angesichts der schwierigen Wegstrecke, die vor uns liegt, müssen wir uns nun erst recht Klarheit, Entschlossenheit und Zusammenhalt bewahren. Die wirkliche Bewährung liegt noch vor uns.

Wir haben nicht als Vereinsmeierei oder Traditions-Seeligkeit unseren Verband am Leben erhalten, sondern weil wir alle überzeugt sind, daß der SDS mehr als je zuvor p o l i t i s c h e n Zweck und Sinn hat. Diese Überzeugung müssen wir nun, wenn wir bestehen wollen, zu rational-programmatischer Gewissheit kristallisieren.

Wir können uns heute nicht mehr wie früher ausschließlich nach dem Kompaß der aktuellen sozialdemokratischen Parteilinie richten, weil - bei aller grundsätzlichen Verbundenheit - der "Draht unmittelbarer Verständigung vom führenden Parteigremium vorderhand abgebrochen worden ist und weil wir einigen Aspekten und Momenten des derzeitigen SPD-Kurses aus Wissens- und Gewissensgründen nicht zuzustimmen vermögen.

Eine wichtige Frage ist, ob der SDS im Zustand politisch-organisatorischer Trennung von der SPD-Leitung weiterhin existenz- und funktionsfähig ist. Diese Frage ist mit unserem Durchhalten in der Zeit der akuten Krise positiv bejaht worden, jedoch gibt es einige Stimmen, die meinen, die Selbstbehauptung des SDS habe nur Sinn, wenn der Parteivorstand dadurch in absehbarer Zeit veranlaßt würde, seine jetztige schroffe Haltung zu revidieren; andernfalls sei der Fortbestand des Verbandes weder möglich noch sinnvoll. Diesem Defaitismus ist nachdrücklich zu widersprechen.

SPD UND ARBEITERBEWEGUNG

Betrachten wir freimütig unser Verhältnis zur SPD. Bei aller Kritik, zu der wir sozialistischen Studenten uns die Freiheit nehmen, haben wir die SPD stets als den wesentlichsten politischen Faktor i n der Arbeiterbewegung der Bundesrepublik aufgefaßt, aber sie ist selbstverständlich weder organisatorisch noch historisch mit der Arbeiterbewegung insgesamt identisch. Zur aktuellen organisierten Arbeiterbewegung gehören gleicherweise die Gewerkschaften, die Konsumgenossenschaften, die Naturfreunde, die Arbeiterwohlfahrt, die Arbeiter-

samariter, die Falken und last not least der Sozialistische Studentenbund. Jede dieser Formationen hat - in lebendigem Wirkungszusammenhang mit den anderen - eine eigenständige gesellschaftspolitische Aufgabe und Legitimität. Es soll nicht bestritten werden, daß die SPD als zuallererst entstandene Organisation bei der Konstituierung der anderen Organisationen nicht nur im 19. Jahrhundert, sondern auch nach 1945 entscheidende Geburtshelferdienste geleistet hat und daß die Sozialdemokratie stets die politische Führungsposition gehabt hat, aber mit freundschaftlicher Festigkeit muß ihren leitenden Organen ein Anspruch über Sinn und Existenz anderer Organisationen administrativ zu verfügen, verweigert werden. Solange zwischen der Partei und anderen Organisationen der Arbeiterbewegung vollständige freie Übereinstimmung in allen politischen Grundfragen besteht, ist konfliktlose Koordination möglich ; in dem Augenblick, wo diese vollständige Übereinstimmung nicht besteht, hat, wie jede andere Organisation, die Partei kein Recht darauf, absolute Gefolgschaftstreue zu erzwingen. Sie kann sich distanzieren, wie das der SPD-Parteivorstand neuerdings im Hinblick auf die Industriegewerkschaft Metall getan hat, aber - solange eine Organisation auf dem Boden der Demokratie steht und sich demokratisch strukturiert - ist jede über eine Distanzierung hinausgehende Diskriminierung unberechtigt und für die Glaubwürdigkeit, für den politischen Führungsanspruch der Partei gefährlich.

DER STANDORT DES SDS

Der SDS ist der Verband der jungen linken Intelligenz an unseren Hochschulen. Diese junge, militant sozialistische Intelligenz hat nicht nur für die Sache der Arbeiterbewegung an der Universität einzutreten sowie am allgemeinen politischen Kampf teilzunehmen, sie bedarf auch notwendig eines freien Spielraums der Diskussion und Aktion, um sich für politische Bewährung nach dem Studium theoretisch und praktisch vorzubereiten; andererseits hat sie, frei von tagespolitischem und beruflichen Engagement nicht nur die außerordentliche Chance sondern die Verpflichtung, die sozialistische Problematik und Programmatik frisch und unbelastet durchzudenken und ihre Denkresultate mutig und verantwortlich zugleich mit der Realität der Arbeiterbewegung zu konfrontieren.

In diesem Sinne hat der SDS seine eigenen sozialen Standort und daher eine eigene, unmittelbare Daseinsberechtigung. Von dieser besonderen Situation her kann er - und nicht nur wegen der speziellen Bedingungen der körperschaftlich bestimmten Hochschulordnung - weder eine parteipolitische noch eine gewerkschaftliche Untergliederung sein. So sind seine Existenz, sein Funktionieren selbst dann und vielleicht gerade dann notwendig, wenn die Beziehungen zur SPD-Spitze gestört sind.

Ist die gaullistisch- kolonialistische Versumpfung der französischen SFIO nicht in entscheidendem Maße dann eingetreten, als sich der Parteiapparat Mollets von dem belebenden Element der jungen sozialistischen Intelligenz trennte, weil übermächtig gewordene bürokratische Indolenz und sozialistisches Gewissen nicht mehr vereinbar waren.? Droht nicht eine ähnliche Entwicklung auch in unserem Lande? Niemand von den Berliner SDS-Mitgliedern hat die Landesvollversammlung im Juni dieses Jahres vergessen, wo ein Beauftragter des SPD-Landesvorstandes mit freundlichem Zynismus erklärte, es gebe in Berlin eigentlich keinen Grund die Beziehungen zum SDS abzubrechen, aber der Parteivorstand in Bonn habe es nun mal so beschlossen...

Seite 7 fehlt es leider!

Wir wollen hier nicht die Auseinandersetzung mit dem neuen Stil und neuen Inhalt der sozialdemokratischen Politik wiederholen, aber so wäre ernsthaft und ohne Hybris zu fragen, ob nicht eher die SPD-Führung es ist, die sich vom sozialistischen Weg entfernt hat, als der SDS. Würde nicht allein schon die Bejahung dieser Frage genug Existenzberechtigung unserer Arbeit nachweisen.

Lassen wir uns nicht durch den scheinbar so erdrückenden Unterschied an Macht und Menschenquantität beirren. Wir glauben zwar als Demokraten, daß die Mehrheit schließlich zur Wahrheit gelangt: aber das ist ein langer mühsamer Weg voller Widersprüche und Hindernisse. Parteimehrheiten und parlamentarische Mehrheiten können unheilvoll der Demagogie, dem Irrtum, dem Ressentiment verfallen. Hatte Rosa Luxemburg beim Kriegsausbruch 1914 nicht tausendmal mehr recht als die vereinigte Weisheit sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter und Parteivorstandfunktionäre? Hat der Sozialdemokrat W e l s zu Unrecht das Nein und den Protest seiner Fraktion zum Ausdruck gebracht, als eine überzeugte Zweidrittelmehrheit im Reichstag aus Hitlers Händen das Bevollmächtigungsgesetz apportierte?

Sind dann in der Praxis kleine Gruppierungen wie der SDS nicht aussichts- und bedeutungslos? Das trifft jedoch nur für politische Sekten zu, die aus der Not ihrer Isolation eine pathologische Tugend machen. Haben nicht wenige Dutzend Kämpfer gegen die Atomrüstung in England binnen zweier Jahre zu Wege gebracht, daß heute die Labour-Party ihren Standpunkt offiziell angenommen hat?

UNABHÄNGIGKEIT DES SDS - AUFTRAG UND VERPFLICHTUNG

Ohne unsere Feststellung zu revidieren, daß wir jederzeit zu einer neuen Zusammenarbeit mit der sozialdemokratischen Parteileitung bereit sind, müsse wir erkennen, daß in der gegenwärtigen Situation der Arbeiterbewegung unsere Unabhängigkeit kein böses Mißgeschick, kein fatales Mißverständnis, sondern ein Auftrag ist: historische Berufung und Verpflichtung in einer Zeit des großen "Ballastabwerfens" und wiederholter rigoroser Kurswendungen durch die führenden Genossen der Sozialdemokratischen Partei, denen die vollständige Passivität und Desorientiertheit einer zum großen Teil aus öffentlichen Arbeitnehmern zusammengesetzten Mitgliedschaft gegenübersteht, in einer solchen Zeit ist der Unabhängigkeitskampf des SDS ebensowenig ein Zufall wie das Zunehmen sozialistischer und pazifistischer Strömungen in den großen Industriegewerkschaften, vor allem in der Gewerkschaftsjugend und das Anwachsen des Oppositionsgeistes bei den Falken und der Naturfreundejugend, die übrigen inzwischen genau so wie der SDS vom Parteivorstand gemaßregelt worden ist.

Unsere Solidarität gegenüber der Sozialdemokratie, die wir trotz aller unerfreulichen Spannungen auf der Frankfurter Delegiertenkonferenz erneut bekundet haben, bleibt so lange gültig, wie sie nicht in einen unüberbrückbaren Widerspruch zu unserem darüber stehenden Bekenntnis zur Sache der Arbeiterbewegung insgesamt gerät.

Der Sozialistische Deutsche Studentenbund wird sich nur dann in der Zukunft behaupten und bewähren, wenn jedes einzelne Mitglied sich der Aufgaben, der Notwendigkeiten und Möglichkeiten des Verbandes als Zentrum der linkssteher Studenten in der Arbeiterbewegung, an den Hochschulen und im politischen Leben allgemein verantwortlich bewußt ist.

Johannes Waretzky

Zu unserem Bedauern ist diese Ausgabe des 'Info-Dienst' von technischen Mängeln nicht verschont geblieben.

Abgesehen von einer Reihe Druckfehler, die das Gemeinte aber immer noch erkennen lassen, möchten wir auf ein Versehen hinweisen, das uns in der Wiedergabe von J. Seiferts 'Anmerkungen zu Theo Pirkers Geschichte der Gewerkschaftsbewegung in Westdeutschland' unterlaufen ist. Im Zusammenhang dieses Artikels muss nach Seite 10 zunächst Seite 13 gelesen werden, dann die Seiten 11,12,14.

Wir bitten Sie für diesen Irrtum um Entschuldigung. D.Red.

des nun schon sagenhaft gewordenen Funkers der IG Metall" (II, S. 320)
richtet. Die Verknüpfung des Kampfes um die Verbesserung der Löhne, der Arbeitszeit und der Sozialbedingungen mit den Gedanken einer Gesellschaftsveränderung und mit politischer Bewußtseinsbildung ist für Pirker "gewerkschaftlicher Aktivismus". Dieser Aktivismus soll nichts anderes sein als eine Verschleierung einer an den Kapitalismus "angepassten" Gewerkschaftspolitik und "falsches Bewußtsein". So kritisiert Pirker Kongressreden als "Spektakel zur Beruhigung der 'Kollektivseele' der Gewerkschaftsfunktionäre" (II, S. 330). "Auf Funktionärs-Festen, den Gewerkschaftstagen und Gewerkschaftskongressen, wird für kurze Zeit der Traum der Arbeiterbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts freudig geträumt, nämlich der, eine 'Sendung' zu haben, die Macht zu sein, deren Aufgabe die 'Umgestaltung der Gesellschaft', die 'Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft' ist" (II, S. 320). Die Plusseiten dieser Kongresse, die ganz sicher für manche eine rein ideologische Funktion erfüllen und tatsächlich zur "Erbauung und Erregung der Gemüter" dienen können, vermag Pirker nicht zu sehen.

ANMERKUNGEN ZU THEO PIRKERS GESCHICHTE DER GEWERKSCHAFTSBEWEGUNG IN WESTDEUTSCHLAND.

(Theo Pirker: Die blinde Macht, Mercàtor Verlag München 1960, 2 Bände)

Es ist um die Theorie der Gewerkschaften in der Bundesrepublik kaum besser bestellt als um die Theorie der Arbeiterbewegung in Deutschland. Auch aus diesem Grunde ist die öffentliche Meinung über die Gewerkschaften, insbesondere auch die der Studenten, wesentlich bestimmt durch Publikationen, die - mehr oder weniger verkleidet - in Frontstellung zur Gewerkschaftsbewegung stehen. So ist auch das Standardwerk über die Gewerkschaften, "Die Macht der Funktionäre" von Günter Triesch, durch den Autor aufs engste verknüpft mit dem Deutschen-Industrie-Institut. Die Arbeiten von Wolfgang Abendroth und Hirsch-Weber haben in der Öffentlichkeitswirkung leider nicht einmal den Einfluß erzielen können, den Götz-Briefs Nachkriegsschriften oder die Polemik des Renegaten Stolz "Die Gewerkschaften in der Sackgasse" erreichen konnten.

So wäre von einem Mann wie Theo Pirker, der - wie er selbst sagt - "als Lehrer an den Gewerkschaftsschulen, als Wissenschaftler auf dem Gebiet der Mitbestimmung, als Ideologe der Gewerkschaftsbewegung - wenn auch nicht als Chefideologe -" (I, S. 12) die großen Gewerkschaftsorganisationen in vielerlei Beziehungen kennenlernte, zu erwarten gewesen, daß er dem "unbekannten Gewerkschaftler" (dem Pirker sein Werk widmet) durch eine systematische Analyse ein Stück Theorie für eine wirksame Gewerkschaftspraxis in die Hand zu geben vermag. Leider hat sich Pirker darauf beschränkt "Die blinde Macht" der Gewerkschaftsführer und die "Integration der Gewerkschaften" in die kapitalistische Gesellschaft zu konstatieren. Pirker verfehlt sein Thema, das "Netz der Beziehungen einer Gewerkschaftsbewegung innerhalb des modernen kapitalistischen Systems" und die "Aufgaben und politischen Möglichkeiten der Gewerkschaften" (I., S. 20) aufzuzeichnen und hält - seiner erklärten Absicht zuwider - "Gericht über die Toten und Lebenden". Es zeigt sich, daß so wie ihn die Gewerkschaftsbewegung nicht "verdauen" konnte, er selbst das heutige Dilemma der Arbeiterbewegung in Westeuropa, einschließlich der Ursachen, nicht verdaut und verarbeitet hat. Trotzdem ist diese Neuerscheinung deshalb bedeutsam, weil Pirker insbesondere durch Darstellung der Gewerkschaftsgeschichte nach dem II. Weltkrieg gerade dazu aufruft, theoretisch das zu leisten, was er versäumte.

Pirkers Stärke ist die Gesamtschau in der Darstellung der jüngsten Gewerkschaftsgeschichte. Alle Ereignisse werden deutlich als Ausdruckformen der großen gesellschaftlichen Auseinandersetzung. Diese Form der Chronik, die zugunsten der Lesbarkeit auf jeden wissenschaftlichen Apparat und ergänzende Fußnoten verzichtet, ist sowohl "Beitrag gegen die Vergeßlichkeit" als auch Einführung in den Gewerkschaftskampf nach 1945. Weil Pirker sich nicht scheut zu zeigen, wie die Arbeiterbewegung während der letzten 15 Jahre Schritt für Schritt zurückgedrängt wurde und Position um Position , Forderung um Forderung aufgeben mußte, leistet Pirker einen wichtigen Beitrag zu einer Zeitgeschichte der Arbeiterbewegung. All die mehr oder weniger verlorenen Schlachten um eine Neugestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft, um Sozialisierung und Planung, Mitbestimmung und Betriebsverfassung und gegen die Remilitarisierung und Atomrüstung registriert Pirker mit unerbittlicher Schärfe.

Allerdings ist Pirker ein Historiker, der immer wieder die "Alternative", die andere Möglichkeit aufzeichnet und den Gewerkschaftsführern verspielte Chancen vorrechnet. Diese subjektive Stellungnahme gibt der Darstellung ihren Reiz, sie aber macht sie zugleich zu dem "Gericht über Tote und Lebende". "Schuldig" lautet Pirkers Schuldspruch gegenüber nahezu allen Gewerkschaftsführern. Sie sind es, die die "Zähmung" der Gewerkschaften und ihre "Integration" zugelassen und die - hier stimmt Pirker mit den Vorwürfen der Anhänger Ulbrichts überein, von denen er sich sonst sehr wohl zu unterscheiden weiß - "kapituliert" haben. Der oft als Marxist bezeichnete Pirker überschätzt dabei - völlig unmarxistisch - die Bedeutung und die Möglichkeiten des einzelnen Gewerkschaftsführers. Dabei zeigt gerade die von Pirker dargestellte Geschichte, in welcher Weise die Niederlagen der Arbeiterbewegung durch ökonomische Entscheidungen, die von den Besatzungsmächten getroffen wurden, vorentschieden und bedingt wurden.

Pirkers These heißt: Die Gewerkschaften sind "gezähmt" und "integriert", sie sind Bestandteil des "neuen Kapitalismus", denn sie stützen, auch wenn sie widerstreben und protestieren. "Aus einer politischen Bewegung zur Neugründung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist eine lockere Organisation von Kartell-Verbänden der Arbeitskraft im neuen Kapitalismus entstanden "(II, S. 316). Alles, was nicht zu diesem Schema paßt, ist für Pirker "spektakulärer gewerkschaftlicher Aktivismus und radikale Demagogie" (II, S. 285). "So radikal sich die Gewerkschaftsführer auch gebärdeten, so demagogisch in Wort und Schrift auch jede Runde der Lohnpolitik in der Bundesrepublik verlief, im Grunde waren die Gewerkschaften in Westdeutschland sehr diszipliniert und notwendige Einrichtungen der bestehenden Wirtschaftsordnung.... Die Gewerkschaften waren Versicherungsorganisationen geworden und ihre Vertreter nahmen immer mehr die Züge von Sozialmanagern und Versicherungsbeamten an. Die radikale Tonart, die Dramatisierung der Auseinandersetzung um Löhne und Arbeitszeit war der Stil der Reklame dieser Versicherungsorganisationen... " (II, S. 285 f).

Diesen bitteren Schlußfolgerungen zu Grunde liegt ein prinzipielles "Alles'-oder-nichts" und eine illusionäre Vorstellung über die Möglichkeiten der Gewerkschaften, nicht in die kapitalistische Gesellschaft integriert zu werden. Unter diesem Gesichtspunkt konstatiert Pirker: "Entweder verblieben die Gewerkschaften im Rahmen der gesetzten Staats- und Wirtschaftsordnung, dann könnte keine Rede von Mitbestimmung und Neuordnung sein: oder sie wollten die Mitbestimmung und die Neuordnung, dann mußten sie die gesetzten Grenzen der Staats- und Wirtschaftsverfassung überschreiten" (I, S. 257 f). Das Zitat zeigt deutlich, in welchem Maße Pirker die konkreten gesellschaftlichen und geschichtlichen Bedingungen einer Veränderung ausklammert und die Kraft eines primär durch Willen und durch Zielvorstellunge bestimmten Handelns überschätzt. Die von Pirker mit dem Pathos großer Entrüstung festgestellte "Integration der Gewerkschaften" ist ein gesellschaftlich notwendiges und keineswegs neues Phänomen. Von den Gewerkschaften,irgendeiner Organisation oder etwa der "Klasse" zu erwarten, sie könnten außerhalb und unabhängig von der Gesellschaft und ihrer Entwicklung stehen heißt: einen Messias in der Form des Proletariats zu erhoffen, eine Veränderung nicht von innen heraus, sondern von außen zu erwarten.

Die Arbeiterbewegung wäre deshalb eine "phantastisch-utopisch selige Insel im Meer des Kapitalismus" - wie es Georg Lucacs einmal nannte -, wenn sie nicht ein notwendiger Bestandteil des Kapitalismus und auch in ihrer Praxis durch diesen bedingt und ständig den durch den Kapitalismus hervorgerufenen Gefahren unterworfen wäre. So wie Theo Pirker durch seine Arbeit zugleich ein kapitalistisches Unternehmen unterstützt, wie Engels als Fabrikant einerseits den Kapitalismus vorantrieb und andererseits alles tat für eine Überwindung dieser Gesellschaftsordnung, so sind auch die Gewerkschaften "integriert" und eine notwendige Einrichtung des bestehenden Wirtschaftssystems. Es hilft nichts, gegen diese "Integration in die bürgerliche Gesellschaft" zu ereifern. Das Einbezogensein wird erst aufgehoben durch den in bewußter und beständiger Form geführten Kampf gegen die mit der Integration verbundenen Gefahren und durch eine solidarische antikapitalistische Praxis. Das unterscheidet Gewerkschaften und Versicherungsvereine. Ein Teil dieser Praxis ist die auf eine Gesellschaftsveränderung abzielende agitatorische Arbeit, die Bildung eines Bewußtseins der politischen und gesellschaftlichen Abhänigkeiten und schließlich das Wissen um die Position der Gewerkschaften und ihre sich aus der konkreten Situation ergebenden Möglichkeiten innerhalb der gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Pirker denuziert die gegenwärtige Praxis der westdeutschen Gewerkschaften, soweit sie in Wort und Schrift beansprucht, mehr zu sein, denn Interessenvertretung eines Versicherungsvereins der Arbeitskraft, als "Spektakel", "Demagogie" oder als "gewerkschaftlichen Aktivismus". Dieser formale und an keiner Stelle wirklich deutlich bestimmte "Begriff" des Aktivismus ist das Geschütz, das Pirker in wahrer Haß-Liebe immer wieder auf Otto Brenner und die "Beiträge der 'Neger', der Spezialisten und Berater des nun schon sagenhaft gewordenen Führers der IG Metall" (II, S. 320) richtet. Die Verknüpfung des Kampfes um die Verbesserung der Löhne, der Arbeitszeit und der Sozialbedingungen mit den Gedanken einer Gesellschaftsveränderung und mit politischer Bewußtseinsbildung ist für Pirker "gewerkschaftlicher Aktivismus". Dieser Aktivismus soll nichts anderes sein als eine Verschleierung einer an den Kapitalismus "angepassten" Gewerkschaftspolitik und "falsches Bewußtsein". So kritisiert Pirker Kongressreden als "Spektakel zur Beruhigung der 'Kollektivseele' der Gewerkschaftsfunktionäre" (II, S. 330). "Auf Funktionärs-Festen, den Gewerkschaftstagen und Gewerkschaftskongressen, wird für kurze Zeit der Traum der Arbeiterbewegung des 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts freudig geträumt, nämlich der, eine 'Sendung' zu haben, die Macht zu sein, deren Aufgabe die 'Umgestaltung der Gesellschaft', die 'Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft' ist" (II, S. 320). Die Plusseiten dieser Kongresse, die ganz sicher für manche eine rein ideologische Funktion erfüllen und tatsächlich zur "Erbauung und Erregung der Gemüter" dienen können, vermag Pirker nicht zu sehen.

Wer die Kongressreden des Gewerkschaftsführers als reinen "Spektakel" abtut, verkennt die Rolle, die gerade diesen Äußerungen in der gegenwärtigen Situation zur Bildung eines politischen Bewußtseins zukommt, daß sie einen Wall errichten können gegen eine völlige Entpolitisierung und Aushöhlung der demokratischen Struktur der Bundesrepublik.

Den profilierten Exponenten einer Gewerkschaftspolitik, die von den unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft auszugehen versucht und dabei weiter festhält an dem Ziel einer Neuordnung und Umgestaltung der Gesellschaft, Otto Brenner, trifft nach Pirkers Meinung die eigentliche Verantwortung für das Dilemma der westdeutschen Gewerkschaftsbewegung. Brenner, dem Pirker "kritiklose Selbstherrlichkeit" (II, S. 329) nachsagt, sei 1959 der "Führungsfrage im DGB" ausgewichen und damit einer "Reaktivierung des DGB als politische Bewegung, als starke Kraft der Neuordnung der Wirtschaft und Gesellschaft, als Gegenmacht zur wachsenden Macht der Staatsbürokratie und der Manager" (II, S. 299) habe einen Zustand geschaffen, in dem sich die Gewerkschaften den Bedingungen des neuen Kapitalismus anpassen werden, "ganz gleich, welchen Inhalt und welche Form ihr Programm auch haben wird" (II, S. 334). Dieser letzte Satz Pirkers bedeutet Resignation. Blind durch das prinzipielle "Entweder-oder" und "Alles-oder-nichts" bricht Pirker den Stab über die Gewerkschaftsbewegung der Bundesrepublik. Es ist für ihn nur folgerichtig, wenn er heute in die "Emigration" nach Pakistan geht. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß die ungeheure Verzweiflung, die aus dem Buche spricht und die auch die stilistischen Entgleisungen erklärt, sich auf manchen Leser übertragen und zu einer Wirkung führen wird, die Pirker ganz sicher nicht beabsichtigt hat, die er jedoch schon einmal durch die Sendung des BayerischenRundfunks, auf der "die blinde Macht" aufbaut, hervorrief: Resignation des Arbeiters und Austritt aus den Gewerkschaften, völlige Entpolitisierung oder Option für den Stalinismus.

Dieser Resignation zugrunde liegt Enttäuschung. Die Enttäuschung beruht auf einer Täuschung über die Bedingungen und Möglichkeiten der vergangenen geschichtlichen und gesellschaftlichen Situationen und eine damit verbundene voluntaristische Überforderung der Gewerkschaften. Es ist bei dem gegenwärtigen Zustand von SPD und KPD-SED verständlich, daß immer wieder an die Gewerkschaftsbewegung Hoffnung geknüft werden und daß versucht wird, das traditionelle Verhältnis von Partei und Gewerkschaften innerhalb der Arbeiterbewegung zu verschieben. Theo Pirker hat einst die Position der Gewerkschaften durch den Begriff "öffentlicher Verband" zu bestimmen versucht, was besagen soll, daß die Gewerkschaften mehr sein können als bloße Interessenvertretung und zwar als ein Verband der "an die verfassungsmäßig verankerte Bedeutung der Parteien heranreicht oder sie vielleicht sogar übersteigt" (II, S. 323; vgl. dazu Pirker "Die Gewerkschaften als politische Organisation" in: Gewerkschaftliche Monatshefte Jg. 1952, Heft 3, S. 76 ff). Pirker scheint die mit dem Begriff "öffentlicher Verband" verbundene Konzeption selbst immer stärker ausgeweitet zu haben. Mehr oder weniger bewußt mißt er letztlich den Gewerkschaften die Aufgabe einer sozialistischen Partei im Sinne der politischen Machteroberung zu. Dieser politischen Überforderung der Gewerkschaftsbewegung konnten die Gewerkschaften nicht genügen.

Wohlweislich taucht deshalb die Frage auf, ob und inwieweit die Arbeiterschaft, die - wie Pirker selbst erkennt - zunächst in den Gewerkschaften einen "Teil des allgemeinen Systems der sozialen Sicherheit" (II, S. 286) sieht, der von Pirker geforderten primär politischen Gewerkschaftspolitik überhaupt folgen würde, in ihrer grundsätzlichen Bedeutung in beiden Bänden auf. Ebenso klammert Pirker die zukünftigen Bedingungen und Möglichkeiten der Gewerkschaftsbewegung völlig aus. Erst das macht es möglich, das "Kind mit dem Bade auszuschütten" und alles als "Spektakel" abzutun, was einer mit dem Begriff "öffentlicher Verband" verbundenen Konzeption einer Gewerkschaftspolitik entspricht. "Die Zeiten sind lange vorbei," - meint Pirker, da die Gewerkschaften mehr hätten sein können als Interessenvertretungen" (II, S. 323).

Doch gerade die Praxis, die Pirker leichthin als "gewerkschaftlichen Aktivismus" oder "spektakuläre Demagogie" abtun will, dürfte sich heute als einzige Möglichkeit einer sinnvollen Gewerkschaftspolitik erweisen, sofern man es nicht vorzieht, sich bedingungslos anzupassen oder resigniert aus der Geschichte auszusteigen. Sie ist der Versuch einer Vermittlung zwischen der im Münchner Grundsatzprogramm des DGB umrissenen Aufgabe einer Umgestaltung und Neuordnung von Wirtschaft und Gesellschaft und der Vertretung der unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft in Lohn- und Sozialfragen unter den bestehenden Verhältnissen. So leicht diese Verknüpfung im theoretisch-abstrakten Bereich zu gelingen scheint, so schwer dürfte es in der Praxis sein, die unmittelbaren Interessen der Arbeiterschaft so zu vertreten, daß sich die Forderung nach Neuordnung und Umgestaltung offenkundig als notwendige Konsequenz erweist. Diese Bedingungen und Möglichkeiten einer Gewerkschaftspolitik konkret herauszuarbeiten, ist die Aufgabe der heute notwendigen Gewerkschaftstheorie. Gerade das Ausweichen Pirkers vor dieser Aufgabe ruft dazu auf, diese Arbeit zu leisten

Jürgen Seifert

Zu dem Aufsatz von Karl Renner in den letzten INFORMATIONEN wurde uns folgender, sicher berechtigte Einwand geschrieben:
"Das 'Märchen' vom Karl Renner ist sicher eine hübsche Einführung in den ersten Band des "Kapitals". Es bleibt jedoch ein " Kunstmärchen" mit einem schwerwiegenden Fehler: Es erweckt den Eindruck als gehörten Grundeigentümer und Kapitalbesitzer zu einer Gruppe von 'Bösewichtern" , die sich verschworen und zusammengetan hätten, um die "Guten" auszuplündern und auszunutzen. Wenn das so wäre, hätten ja die frommen Reden recht, die sagen, daß es nur darauf ankommt, den Menschen zu ändern. Das neue am Sozialismus ist jedoch gerade die Erkenntnis, daß die Entwicklung der Gesellschaft nicht auf einem Komplott, sondern auf einer durch die Veränderung der technischen Mittel und der Arbeitsweise hervorgerufenen Notwendigkeit beruht. Deshalb haben wir gegen die "Kapitalisten" (die ja persönlich ganz liebe Menschen sein können) nur in Eigenschaft als B e s i t z e r des zusammengeballten Kapitals etwas einzuwenden."

EINE BIBLIOGRAPHIE SOZIALISTISCHER WIRTSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHER ARBEITEN

I. Oskar Lange

Zur Person: Prof. der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Warschau, Mitglied des Z.K. der Vereinigten Polnischen Arbeiterpartei, stellvertretender Vorsitzender des Staatsrats der Volksrepublik Polen, Vorsitzender des Ökonomischen Rates der Volksrepublik Polen.

Literatur: O. Lange — On The Economic Theory of Socialism, in:On The Economic Theory of Socialism (hrsgg. von Lippincott, Benjamin E.), Minneapolis 1938

ders. — The Foundations of Welfare Economics, in: Econometrica Bd. 10, Chicago 1942

ders. — Price Flexibility and Empolyment, Bloonington 1944

ders. — Einige Probleme des Polnischen Weges zum Sozialismus Warschau 1957

ders. — Le Marxisme et L'Economie Bourgeoise, in: Cahiers Internationaux, Jahrgang 1958

ders.: — Political Economy an Socialism, Amsterdam 1959

ders.: — Introduction to Econometrics, London 1959

O. Lange ist m.E. als der bedeutendste heute lebende sozialistische Ökonom anzusprechen. Ihm fällt vor allem das Verdienst zu, bereits in den 30er Jahren aufgezeigt zu haben, daß es sehr wohl möglich ist, kollektives Eigentum an Produktionsmitteln mit einer funktionierenden Wirtschaftsrechnung zu verbinden. Im einzelnen können die Schwerpunkte der Theorie dieses Wirtschaftswissenschaftlers in den folgenden Punkten zusammengefaßt werden:

A) Marxismus und bürgerliche Ökonomie

Die Lehrsätze der bürgerlichen Ökonomie haben seit den Tagen von Marx weitgehend ihren apologetischen Charakter verloren, da zumindest seit dem Ausgang des vorigen Jahrhunders die bürgerlichen Wirtschaftswissenschaftler keine praktische Tätigkeit innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft mehr durchführen. So ist es möglich, eine Aufgabenverteilung zwischen bürgerlicher Wirtschaftswissenschaft und marxistischer politischer Ökonomie vorzunehmen.
Der Marxismus interessiert sich vor allem für die Determiniertheit des wirtschaftlichen Lebens durch die Beziehungen der sozialen Klassen zueinander.

Sodann kommt es ihm darauf an, die Entwicklungstendenzen des Kapitalismus aufzuzeigen und nachzuweisen, auf welche Weise die private Verfügungsgewalt über Produktionsmittel zu antagonistischen Widersprüchen führen muß. Die bürgerliche Wirtschaftswissenschaft befaßt sich dagegen vor allem mit der Frage, wie und auf welche Weise produktive Kräfte in rationeller Weise zu verteilen sind; sie hat zu diesem Zweck die Theorie von der Preisbildung ausgebildet.

Wenn man die Frage stellt, welche Bestandteile der bürgerlichen Ökonomie in eine logisch konsistente sozialistische Wirtschaftswissenschaft aufgenommen werden können, so ist hier in erster Linie an die Aussagen der herkömmlichen Preistheorie im weitesten Sinne - einschließlich der Lehre von den Elastizitätskoeffizienten - zu denken. Weiterhin müssen aber auch solche Bereiche der makroökonomischen Theorie beachtet werden, die in der Lage sind, quantitative Zusammenhänge innerhalb der Volkswirtschaft aufzuzeigen. Dieses gilt vor allem für bestimmte Gebiete der Beschäftigungstheorie - Mulitplikator-Akzelerator - und für alternative Modelle der Wachstumstheorie.

B) Die Begründung der Notwendigkeit des Sozialismus

Zwar hat der Kapitalismus den Begriff des rationalen Wirtschaftens in die gesellschaftliche Wirklichkeit eingeführt, jedoch beschränkt sich das rationale Wirtschaften hier auf die private Unternehmung. Nun bedarf es aber - sollen schwerwiegende Störungen vermieden werden - der Ausdehnung einer rationalen Wirtschaftsweise auch auf den Bereich der gesamten Volkswirtschaft. Mit anderen Worten: Es muß möglich sein, seitens der Delegierten der Gesellschaft eine "soziale Bewertungsfunktion" aufzustellen, innerhalb derer jedem Ziel der staatlichen Wirtschaftspolitik seitens der organisierten Gesellschaft eine bestimmt Grenzbedeutung zugewiesen wird. Wie aber die rationelle Betriebsführung der Buchführung bedarf, so erfordert auch die rationelle makroökonomische Planung eine entsprechende Technik. Nach Zurückweisung der sowjetischen Planbilanzmethode sieht L. in der Input-Output-Analyse sowie im Linear Programming die zweckentsprechenden Werkzeuge.

C) Wirtschaftsrechung der Planung im Sozialismus

1. Die prinzipielle Möglichkeit eines rationellen Wirtschaftens unter den Bedingungen des Sozialismus

In der Zurückweisung extrem liberaler Theorien L. von Mises' hat O. Lange das folgende Modell entwickelt, das die Möglichkeit einer rationalen Wirtschaftsrechnung im Sozialismus beweist und das die Frage einer zentralen Planung offen läßt. Eine rationale Verteilung aller Produktionsfaktoren - Einkommensdistribution und Stand des technischen Wissens vorausgesetzt - ist dann gegeben, wenn das Verhältnis der Grenznutzen bezüglich eines beliebigen Paares von Gütern innerhalb der Volkswirtschaft für jede beliebige Person gleich ist der technischen Grenzrate der Transformation des in Frage stehenden Güterpaares in jeder Firma der Volkswirtschaft.

Mit anderen Worten: Es muß gewährleistet sein, daß die Kosten, die bei der Produktion eines beliebigen Gutes auftreten, den entsprechenden Nutzenempfindungen und Wertschätzungen der Verbraucher gleich sind. Diese Möglichkeit besteht allein im Sozialismus und zwar deshalb, weil hier den Verbrauchern die Möglichkeit gegeben wird, ein gegebenes Einkommen derart zu verteilen, daß sich das Verhältnis der Grenznutzen von je zwei Gütern proportional zum Verhältnis ihrer Preise verhält

$$\frac{Gu_a}{Gu_b} = \frac{P_a}{P_b}$$

Die sozialistischen Betriebe aber müssen angewiesen werden, a) bis zu dem Punkt zu produzieren, an dem die Gleichung Grenzkosten = Preis gilt und b) die Produktionsmittel gemäß den Regeln der Minimalkostenkombination zu kombinieren.

2. Die effektive Gestaltung der Planung

Wie bereits erwähnt , kam es Lange im soeben beschriebenen Modell darauf an, die Vereinbarkeit der rationalen Wirtschaftsrechnung mit sozialistischen Eigentumsverhältnissen darzulegen. Es ist falsch, ihm vorzuwerfen, er hätte damals (1938) jede Planung abgelehnt. Im einzelnen stellt vielmehr O. Lange die folgenden Postulate für eine zentrale Planung einer Volkswirtschaft auf:

a) Jede Planung muß die folgenden Bereiche festlegen:
   aa) die Aufteilung des Nettosozialprodukts auf Investitionen und Verbrauch.
   bb) Aufteilung der zu tätigenden Investitionen auf verschiedene Wirtschaftszweige.

b) Bezüglich der Methode soll prinzipiell dem dezentralisierten Vorgehen der Vorzug gegeben werden. Insbesondere soll in der Regel auf jede Detailplanung verzichtet werden und dem einzelnen Unternehmen nur aufgetragen werden, eine Produktion von einer bestimmten Werthöhe zu erstellen.

c) Lange wendet sich auch gegen eine anarchosyndikalistische Entartung des Sozialismus. Insbesondere plädiert er dafür, daß die Preisfixierung generell Aufgabe der zentralen Plankommission sein muß.

II. Maurice Dobb

Zur Person: Prof. der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Cambridge (England)

Literatur: M. Dobb — Political Economy and Capitalism, London 1937

ders. — On Economic Theory and Socialism, London 1955

M. Dobb galt lange Zeit als wissenschaftlicher Hauptgegner von O. Lange, weil er sich weigerte, überhaupt nur die Möglichkeit eines "Konkurrenzzozialismus" in Betracht zu ziehen. M. E. sind diese Differenzen heute weitgehend ausgeräumt. Als hauptsächlicher Unterschied wäre vielleicht zu erwähnen, daß Dobb der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft kritischer gegenübersteht als Lange.

Bezüglich der theoretischen Ansichten von M. Dobb wäre zu erwähnen, daß er sich vorallem auf dem Gebiet der Weiterentwicklung der marxistischen Konjunkturtheorie Verdienste erworben hat. Im Gegensatz zu P. Sweezy (vlg. unter V) weist er den Unterkonsumtionstheorie keinen besonderen Platz in seinem System zu; vielmehr meint er, daß es ausreiche zu sagen, wirtschaftliche Krisen entstehen dank einer sinkenden Profitrate des Kapitalisten.

Vorallem aber ist Dobb durch seine weitgehende Ablehnung der Lehre von der Verbrauchersouveränität bekannt geworden. Er weist darauf hin, daß ein einzelnes Wirtschaftssubjekt - selbst eine rationale Entscheidungsmöglichkeit und gleiche Einkommensverteilung vorausgesetzt - niemals in der Lage sein kann, allein im wirtschaftlichen Interesse liegende Entscheidungen zu treffen, da es z. B. nicht in der Lage ist, die Bedürfnisse der Kollektivbefriedigung zu ermessen. Hier muß in jedem Fall die Funktion der Zentralplanung Platz gleifen, die zumindest die folgenden Bereiche zu umfassen hat:

1. die Aufteilung des Nettosozialprodukts zwischen Verbrauch und Investitionen,
2. die Verteilung der Investitionen auf die Abt. eins und zwei,
3. die entsprechende Förderung von Industrie und Landwirtschaft,
4. das Wachstum des Transport- und Energiewesens,
5. das Tempo, mit dem neue Güter in die Volkswirtschaft eingeführt werden,
6. der Grad der Standardisierung der Produktion,
7. die Frage der standörtlichen Verteilung der Produktion.

D. betont, daß die Planer keinesfalls "Millionen von Gleichungen" zu lösen haben. Es gibt vielmehr nur eine bestimmte Zahl von technisch möglichen Lösungen, die durchaus von der zentralen Plankommission erkannt werden können.

III. Paul Baran

Zur Person: Prof. der Wirtschaftswissenschaften an der Stanford Universität in Kalifornien (USA)

Literatur:

P. Baran	National Economic Planning, in: A Survey of Contemporary Economics, Bd. II, Homewood 1952
ders.	The Political Economy of Growth, New York 1957

Baran ist vorallem an der Frage interessiert, wie der ökonomische Mehrwert einer Gesellschaft - er versteht hierunter im Gegensatz zu Marx die Differenz zwischen Y und C - am zweckentsprechendsten verwandt werden kann, d. h. wie eine optimal gewählte Investitionsrate in den entwickelten Industrieländern die Vollbeschäftigung garantieren, in den unterentwickelten Ländern aber eine maximale Wachstumsrate zu ermöglichen in der Lage ist.

Baran ist der Meinung, daß beides unter den Bedingungen einer kapitalistischen Produktionsweise nicht möglich ist. Zur Begründung weist er auf die folgenden Antagonismen hin:

1. In einer entwickelten kapitalistischen Gesellschaft droht ständig die Gefahr der Deflation, weil monopolistische und oligopolistische Industrien einen größeren Profit entstehen lassen, als dieses unter Konkurrenzbedingungen möglich wäre. Dieses gilt besonders im Hinblick auf oligopolistische Industriezweige, wo die Existenz einer geknickten Absatzkurve faktorsparende, ausstoßneutrale Investitionen motiviert. Die Instrumente der Fiscal Policy werden an dieser Situation auch nur wenig ändern können. Da seitens der privaten Kapitalisten der Kapazitätseffekt öffentlicher Investitionen gefürchtet wird, stehen einem effektiven öffentlichen Beschäftigungsprogramm große Schwierigkeiten entgegen. Es besteht die Gefahr, daß ein kapitalistischer Staat bei drohender Massenarbeitslosigkeit stets auf Rüstungsausgaben ausweichen wird.

2. In unterentwickelten Ländern besteht umgekehrt die Gefahr, daß die Sparrate zu niedrig sein uüberhaupt ein effektives Industrialisierungsprogramm verhindert werden wird. Hierfür gibt es zwei Gründe:

   a) Die in unterentwickelten Ländern herrschende Feudalschicht verfügt über eine zu hohe Verbrauchsneigung, die sich im Luxuskonsum manifestiert.

   b) Bestehende kapitalistische Gesellschaften haben kein Interesse an einer effektiven Industriealisierung. Sie tätigen lediglich "geographische Investitionen", d.h. also solche Investitionen, die auf die Wirtschaft des Kapitalisten und nicht des unterentwickelten Landes bezogen sind. Sie werden alles versuchen, um diesen Zustand aufrechtzuerhalten.

IV. Ronald Meek

Zur Person: Privatdozent an der Universität Glasgow.

Literatur: R. Meek Studies in the Labour Theory of Value, London 1956

Das Hauptziel von Meek besteht darin, die Arbeitswerttheorie den "westlichen Wirtschaftswissenschaftlern" verständlich zu machen. Seine Anschaungen lassen sich in den folgenden Punkten zusammenfassen:

1. M. lehnt mit aller Schärfe die heute vertretenen Nachfragetheorien als apologetisch ab, da sie den Eindruck entstehen lassen, es wäre der Konsument, der die Produktion in der kapitalistischen Wirtschaft bestimmt.

2. Die herrschende Wirtschaftstheorie ist zumindest unvollständig. Vielmehr müßte gezeigt werden, wie die Tätigkeit machtvoller Verbände und Oligopole in der Lage sein kann, die Daten für die Wirtschaftstätigkeit zu ändern und den Kapitalisten zusätzliche Gewinne zu verschaffen.

V. Paul M. S w e e z y

Zur Person: Herausgeber der "Monthly Review", z. Z. Gastprofessor am M.I.T. in Cambridge (Mess.).

Literatur:

P.M. Sweezy	Socialism, New York 1949
ders.	The Present as History, New York 1957
ders.	Theorie der kapitalistischen Entwicklung, (deutsch), Köln 1959

Da das Hauptwerk von Sweezy ins deutsche übersetzt worden ist, beschränke ich mich darauf, hier die drei folgenden Punkte, die für seine Lehre charakteristisch sein dürften, aufzuführen:

1. Die Theorie vom tendenziellen Fall der Profitrate kann keinesfalls überzeugen. Dieses geht schon allein daraus hervor, daß Marx selbst mehrere entgegenwirkende Tendenzen aufgeführt hat. Von einem Sinken der Profitrate kann nur dann gesprochen werden, wenn die organische Zusammensetzung des Kapitals schneller steigt als die Mehrwertrate.

2. Sweezy entwickelte eine spezifisch marxistische Unterkonsumtionstheorie, die sich wie folgt zusammenfassen läßt: Der Mehrwert zerfällt in vier Teile; der erste Teil hält den Konsum der Kapitalisten auf der bisherigen Höhe, der zweite Teil erhöht ihren Konsum, der dritte und vierte Teil dient der Akkumulation, und zwar wird der dritte Teil für zusätzliche Ausgaben für Arbeitskräfte verwandt, während der vierte Teil investiert wird. Es wirt unterstellt, daß der Mehrwert von Periode zu Periode wächst, jedoch nimmt der Anteil des kapitalistischen Konsums ab. Mit anderen Worten: Der akkumulierte Anteil steigt, und zwar wächst auch hier der investierte Teil auf Kosten des für Nachfrage nach Arbeitskräften verwandten Anteils. Wenn man nun ein konstantes Verhältnis in der Ausbringung von Konsumgütern zu Produktionsmitteln unterstellt, - d. h. einen konstanten Kapitalkoeffizienten annimmt - so läßt sich die Unterkonsumtionstheorie wie folgt darstellen:

   Da das Verhältnis

$$\frac{\text{Wachstumsrate der Konsumtion}}{\text{Wachstumsrate der Produktionsmittel}}$$

   sinkt, während das Verhältnis

$$\frac{\text{Wachstumsrate im Ausstoß der Konsumgüter}}{\text{Wachstumsrate der Produktionsmittel}}$$

   gleichbleibt, folgt hieraus, daß die Nachfrage nach Konsumgütern tendenziell kleiner wird als das Angebot an Konsumgütern. Dieser Tendenz zur Unterkonsumtion wirken aber gewichtige Gegentendenzen entgegen.

Zu erwähnen seien hier nur die mit dem Entstehen neuer Mittelschichten verbundenen höheren Werbungsausgaben, die in der Lage sein können, die Verbrauchsneigung der Gesellschaft in entscheidender Weise zu erhöhen.

3. Im übrigen hat Sweezy auch im Bereich der "orthodoxen" Theorie gearbeitet. So wurde das Theorem der geknickten Nachfragekurve von ihm erstmalig entwickelt.

VI. Eduard März

Zur Person: Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Arbeiterkammer Wien.

Literatur: E. März — Die Marx'sche Wirtschaftslehre im Widerstreit der Meinungen, Wien 1959

März folgt im großen und ganzen den Auffassungen Sweezy's. Als wichtigste Ausnahme wäre zu erwähnen, daß er das Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate nach wie vor für stichhaltig hält.

VII. Joan Robinson

Zur Person: Prof. der Wirtschaftswissenschaften an der Universität Cambridge (England).

Literatur: J. Robinson — An Essay on Marxian Economics London 1942

Selbstverständlich kann es sich nicht darum handeln, die von J. Robinson ausgearbeitete Theorie der unvollkommenen Konkurrenz hier darzulegen. Für das hier interessierende Problem sind die folgenden Punkte von Relevanz :

1. J. Robinson lehnt die Arbeitswerttheorie, insbesondere die Mehrwertlehre strikt ab. Sie weist darauf hin, daß lediglich anzeigt, welcher Teil des Nettosozialprodukts nicht den Verbrauchern zufließt. Er ist eine soziologische, keine ökonomische Kategorie.

2. Die eigentliche Bedeutung der Marx'schen Lehre besteht darin, daß sie die Entwicklungsgesetze der kapitalistischen Gesellschaft aufgezeigt hat. J. Robinson ist geneigt, die marx'schen Akkumulationsschemata im Sinne der Keyneschen Lehre einer mangelnden Nachfrage zu interpretieren.

3. Genauso wie Sweezy lehnt sie das Theorem von der sinkenden Profitrate ab.

4. J. Robinson ist der Überzeugung, daß unter den Bedingungen des Kapitalismus - dank entgegenstehender Interessen der Unternehmer - keine effektive Vollbeschäftigungspolitik betrieben werden kann.

DAS SELBSTVERSTÄNDNIS VON FRIEDENSKÄMPFERN

"Uns eint der Wille zum Frieden -, die geschlossene Front aller guten Menschen zur Abwehr der drohenden Gefahren gilt es zu schaffen" schrieb Albert Berg vor einiger Zeit zur Gründung der "Deutschen Friedens-Union" in der ANDEREN ZEITUNG (Nr. 33/1960). Etwa 1 1/2 Jahre früher hatte der Chefredakteur C.R. Röhl in KONKRET schon einmal zur Aktion der "Friedfertigen aller Länder und aller Weltanschauungen" gegen eine kleine Clique von "militärischen Vabanquespielern, Chauvinisten, Landsknechtnaturen und Uralstürmern" aufgerufen. So sind wir nicht erstaunt, den alten KONKRET-Redakteur Reinhard Opitz zusammen mit Albert Berg im Vorstand der DFU zu finden.

Die Scheidung in "gute" und "böse" Menschen ist nicht neu. Auch Hitler hat unter Berufung auf die "anständigen Menschen" seine Konzentrationslager errichtet. Adorno bezeichnet diese Scheidung geradezu als Kennzeichen des Autoritären. Es ist vielleicht auch nicht zufällig, daß der Aufruf zur "Sammlung der guten Menschen" zurückgeht auf die Volksfrontpraxis der Kommunisten. So beschreibt beispielweise Joseph Buttinger in seinem Buche "Am Beispiel Österreichs" den Aufruf zur Bildung einer "überparteilichen" Winterhilfe:

> "Dieser Aufruf war gleichzeitig das erste Schriftstück, das in der neuen kommunistischen Volksfrontsprache verfasst war, die weder Arbeiter noch Genossen, sondern nur noch 'anständige Menschen' kannte. Die Eingesperren waren nicht mehr, was sie bisher gewesen waren, nämlich Sozialisten, Kommunisten, Freie Gewerkschaftler oder Antifaschisten, sondern 'Friedens- und Fortschrittsfreunde' " (S. 309).

Der Bundesvorstand des SDS hat sich im April 1959 ausdrücklich gegen eine Aktion der "Friedfertigen aller Länder und aller Weltanschauungen" gewandt und dabei betont, daß "wer die Frage ' Frieden oder Krieg' ausdrücklich von den gesellschaftlichen Grundlagen ablöst, ... die ursächlichen gesellschaftlichen Antagonismen verdeckt, weil er nur einzelnen die Schuld gibt". Die damalige Diskussion in unserem Verbandtkehr wieder in einer Auseinandersetzung mit Walter Wenzel und Arthur Seehof in der ANDEREN ZEITUNG (Nr. 47 u. 49 1960). Wir können uns nicht unbedingt mit Seehof indentifizieren. Der Beitrag von Wenzel zeugt jedoch von dem Verfall der sozialistischen Theorie bei den "Sozialisten", die sich der "Deutschen-Friedens-Union" angeschlossen haben.

SOZIALISTEN UND FRIEDEN
(von Walter W e n z e l)

Wer aber die neu benannte Vereinigung unabhängiger Sozialisten und ihren Sozialismus als Mittel, eine neue Ordnung der Welt zu fundieren, hochschätzt, der wird reichlich Arbeit in nächster Zeit haben. Als ich beim Mittagessen während der Tagung mit einigen jüngeren, durchaus ehrlich erscheinenden Nachbarn ins Gespräch kam und dabei feststellte, daß sie von Marx und Engels nur Ungefähres wußten und einfach nicht die kleinste Broschüre von Bebel und Mehring in die Hand bekommen hatten, da verstand ich erst recht, daß uns alle - nachdem Hitler mindestens 12 Jahrgängen die Gelegenheit zu gründlegenden Kenntnissen genommen hat - zunächst einmal der Wunsch einen muß, uns gegen die furchtbare atomare Todesdrohung zu sichern, von der die Väter des Sozialismus noch nichts ahnen konnten.

Ich bin und bleibe Sozialist, aber - wie oft muß man das denn sagen? - um in Zukunft einmal beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaft zu helfen, muß man bis dahin l e b e n. Ist das nicht verständlich? Ist man unehrlich, wenn man bereit ist, sich um dieses Lebens willen auch mit ehrlichen Nichtsozialisten zusammenzutun? Die entsetzliche Drohung, die uns allen gilt, müssen wir zunächst einmal bekämpfen und entkräften, um dann, wenn wir wieder in friedlicher Ruhe leben, an die sozialistische Frage heranzugehen.

Marx und Engels waren grandiose Genies, aber sie wußten noch nichts von Atombomben - es heißt nicht, ihnen untreu werden, wenn man einsieht, daß heute eine entsetzliche Gefahr der Menschheit droht, entsetzlicher als sie jemals war. Ihr muß zunächst begegnet werden - das einsehen heißt nicht, dem Sozialismus untreu werden. Darum war es ein bedeutendes Positivum des Dortmunder Kongresses, daß er kurz zuvor in Frankfurt der beschlossenen Gründung einer Unions-Partei nicht widersprach. Union bedeutet Einigung, Einigkeit. Einigkeit gegen die Aufrüstungspolitik, Unterstützung dieser wahrhaft überparteiischen Friedensgemeinschaft - das ist die beste und wirksamste Förderung einer lebensfrohen Gemeinsamkeit, in der dann in hoffentlich nicht zu ferner Zeit das Problem des Sozialismus aufs neue von darauf wahrhaft vorbereiteten Menschen ernstlich erörtert und in Angriff genommen werden kann.

SOZIALISMUS IST FRIEDEN

(An Seehof)

Zweifellos ist es richtig, wie Wenzel meint, daß man leben muß, "um in Zukunft einmal beim Aufbau einer sozialistischen Gesellschaftsordnung zu helfen". Aber wie sichert man das Leben gegen die atomare Untergangsdrohung? Nach meiner Meinung am besten, d.h., mit einigermaßen Aussicht auf sicheren Erfolg, durch den zielbewußten Kampf um den Sozialismus. Mit anderen Worten: Gegen die Gefahr des atomaren Untergangs und für die Erhaltung und Sicherung des Friedens wie für die natürliche Fortentwicklung der Gesellschaft und der Demokratie muß mit sozialistischen Mitteln gekämpft und mit ihnen dem Ziel des Sozialismus, der klassenlosen Gesellschaft und damit der kollektiven und tatsächlichen, ökonomisch fundierten persönlichen Freiheit entgegengestrebt werden, dem Ziel des Sozialismus, das den allgemeinen Frieden auf diesem Planeten beinhaltet. Um aber mit Erfolg für den Sozialismus und damit auch für die Erhaltung und Sicherung des Weltfriedens kämpfen zu können, ist natürlich eine feste Organisation der Menschen erforderlich, die, als werteschaffende und damit die ganze Gesellschaft tragende Kräfte aus eigenem Interesse wie im Interesse eines sich wirklich erfüllenden Lebens, eines Lebens ohne ständige Kriegs- und Untergangsgefahr zur einzigen Alternative einer Gesellschaftsform hinstreben, die den Krieg und, wie die Dinge heute liegen, den Untergang in sich trägt, zur Alternative: Sozialismus.

Walter Wenzel jedoch meint, daß unsere Unterstützung einer sich bildenden "wahrhaft überparteilichen Friedensgemeinschaft ... die beste und wirksamste Förderung einer lebensfrohen Gemeinschaft" sei, "in der dann in hoffentlich nicht zu ferner Zeit das Problem des Sozialismus aufs neue von darauf wahrhaft vorbereiteten Menschen ernstlich erörtert und in Angriff genommen werden kann".

Der Kampf um den Sozialismus sei also vorläufig einmal bei uns, in der Bundesrepublik, zugunsten einer überparteilichen Union hinten anzustellen.

Und just das ist es, wo man als Sozialist nur schwer oder überhaupt nicht mehr recht mitkann. Denn auch oder gerade in der gegenwärtigen gefahrvollen Situation ist der Kampf um den Sozialismus die Durchdringung der Menschen mit dem tatsächlichen Wesen des Sozialismus, der, wie gesagt, den Frieden beinhaltet, das Entscheidende; zumindest für jeden, der durch den Ablauf der Geschicht erkannt hat, daß noch so ernsthafte Bemühungen einer überparteilichen Friedensgemeinschaft nicht zum gewünschten Ziele führen, wenn sie nicht in erster Linie und überhaupt von den werktätigen Massen getragen sind, die im Kampf um den Sozialismus die geschichtliche Aufgabe und Notwendigkeit sehen. Kein anderer als Lenin war es, der 1915 in einem Aufsatz "Die Frage des Friedens" geschrieben hat: "Beendigung der Kriege, Friede unter den Völkern, Aufhören von Raub und Gewalt - das gerade ist unser Ideal." Aber nur "bürgerliche Sophisten" seien imstande, "die Massen zu betören", indem sie dieses Ideal von der Propagierung des Sozialismus lostrennen...

Auch im Angesicht der atomaren Untergangsgefahr darf meines Erachtens in keinem Augenblick der Kampf der Arbeiterklasse und das ist der Kampf um den Sozialismus - ganz gleich welcher Union wegen - hinten angestellt oder auch nur vernachlässigt werden. Nicht eine Friedensgemeinschaft hat das Primäre zu sein, sondern der organisatorische und systematische Kampf um den Sozialismus; und dieser Kampf kann unter den gegebenen Bedingungen eine gewisse Strecke des Weges mit den Kräften zusammengeführt werden, die eine überparteiis che Friedensgemeinschaft ausmachen. Den sozialistischen Kampf aber, einer solchen Gemeinschaft wegen, auch nur vorübergehend ausschalten, nein, das geht nicht und dürfte im übrigen für alle ohne das gewünschte Resultat sein. Wie ja auch der allgemeine Antifaschismus bei der Zurückstellung des Kampfes um den Sozialismus und ohne sozialistische Zielsetzung ohne das erhoffte Resultat geblieben ist, in der Bundesrepublik und überhaupt.

SOLIDARITÄT MIT DEN ARBEITERN BELGIENS

Folgendes Telegramm schickte der SDS an die sozialistische Partei Belgiens:

"Nous déclarons solidaires des ouvriers de Belgique, qui resistent aux mesures du gouvernement Eyskens. Votre example peut rendre aussi au mouvement ouvrier Européen la foi en sa propre force et en son devoir."

André R e n a r d, Vorsitzender der belgischen Metallarbeitergewerkschaft und Kopf der Aktionen in Lüttich, schrieb eine Broschüre "Durch Kampf zum Sozialismus". (62 Seiten, deutsch). Sie ist zu erhalten bei den JUNGSOZIALISTEN HESSEN-SÜD, Frankfurt/Main, Bockenheimer Anlage 4.

Teile dieser Broschüre über den "Sozialkapitalismus", die an Klarheit, Schärft und schonungsloser Konsequenz hervorsticht, werden wir im Februar zusammen mit Informationen von unseren belgischen Genossen veröffentlichen. Obschon eine vergleichbare Schrift in der Bundesrepublik seit Jahrzehnten nicht erschien, werden sich gewiß sozialdemokratische Gewerkschaftsführer und Parteifunktionäre, wahrscheinlich aber noch mehr einfache Mitglieder finden, die mit Renard übereinstimmen.

Die folgenden theoretischen Ausführungen sind die Ausarbeitungen einer Arbeitgemeinschaft für hochschulpolitische Fragen an der Universität Berlin. Sie werden in der Februar-Ausgabe der INFORMATIONEN weiter ergänzt.

Die Redaktion

GRÜNDE FÜR DIE NOTWENDIGKEIT EINES GESELLSCHAFTSWISSENSCHAFTLICHEN GRUNDSTUDIUMS

(Dieses Manuskript dient lediglich als Arbeitsgrundlage des SDS)

Die Universitätsideale des 19. Jahrhunderts klingen auch heute noch bestechend. Universitas litterarum, Einheit von Forschung und Lehre, Universitas magistrorum et scholarium, akademische Freiheit etc. sind zugkräftige Parolen in einer Situation, in der die Spezialisierung und damit verbundene Blindheit für gesamtstrukturelle Zusammenhänge, ihre Konsequenzen klar werden lassen. Aus diesem Affekt des Ungenügens beziehen alle Abwertungen Kritik an diesen Idealen ihre Zustimmung. Offensichtlich ist aber der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit mit einem immer größer anwachsenden Anschwellen der realen Unfreiheit erkauft worden, so daß es notwendig ist, die Verwirklichung solcher Ideale zu prüfen, sie daraufhin zu untersuchen, ob sie nicht nur die bestehende Misere mit einem Schein irrealer Erhabenheit verkleiden, also einen durch die Wirklichkeit ungedeckten Anspruch aufstellen.
Solche Überlegungen werden nur sinnvoll sein können, wenn sie nicht von der Zielvorstellung getragen sind, die Universität als einen ausgesparten Sektor innerhalb der Gesellschaft zu etablieren; sondern wenn die Hochschule unter dem Aspekt betrachtet wird, der allein der Realität entspricht, nämlich als eine Institution, die im Zuge der immer totaler werdenden Vergesellschaftung in ihrer Struktur abhängig ist von der Gesamtgesellschaft. Derartige Analysen soziologischer Art werden in therapeutische Vorschläge auszumünden haben, da die Wahrheit nie reine Innerlichkeit, sondern immer auch gesellschaftlich vermittelt ist. Zu ihrer Verwirklichung bedarf es eines neuen Bewußtseins, da die notwendig werdenden Veränderungen nur sinnvoll sein können, wenn sie von Einsicht und Willen derer getragen sind, die sie betreffen. Deshalb sind solche Analysen und Veränderungen nicht die Sache allein von ein paar Fachleuten (Soziologen), sondern demokratisches Ethos und politische Vernunft verlangen ihre Begründung in einer Bewußtseinsänderung aller Hochschulangehörigen. Spricht allein schon der penetrante Mißstand und die Notwendigkeit einer dringenden Veränderung der Verhältnisse auf dem Teilsektor des Hochschulwesens für eine solche gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung aller Studierenden, so ebenso klar die notwendig gewordene Einsicht in die dialektische Struktur der Wissenschaft überhaupt. (Die Gründe, die allgemein für ein Gewi-Studium sprechen, sind in dem letzten SDS-Hochschulprogramm bereits dargelegt worden und brauchen nicht wiederholt zu werden; es geht hier nur darum, die allgemeinen Gründe, die jedes kritisch reflektierende Glied der Gesellschaft betreffen, in dem Bereich konkret zu verankern, der speziall die Studierenden betrifft, also im Bereich des Hochschulwesens, weil erst in der Betroffenheit durch die konkrete Einzelheit das Allgemeine seinen Grund finden kann.)

Einsichten in die dialektische Struktur des Wissenschaftsgeistes liegen sporadisch schon vor, ohne aber von einem auch nur größeren Kreis wenigstens schon aufgenommen, geschweige denn auf seine Konsequenzen hin bedacht worden zu sein. Heideggers Analyse des abendländischen Wissenschaftsdenkens ist von vornherein agesellschaftlich konzipiert und leistet über den erkenntnistheoretischen Beitrag hinaus nichts zur Veränderbarkeit. Verwertbar sind dem gegenüber die Beiträge von Horkheimer/Adorno in "Dialektik der Aufklärung". Grob skizziert sind es folgende Gedankengänge, deren Reflexion jedem Absolventen einer Hochschule heute zur Pflicht gemacht werden sollte: Die heutige Wissenschaft verdankt einer Haltung ihren Grund, die sich heute gegen ihre eigenen Intentionen kehrt. Wissenschaft ist der Versuch, die Subjekt- Objekt-Spaltung, die Diskrepanz zwischen dem Innen menschlichen Fühlens und Denkens und dem Außen der bedrohenden und fremden Umwelt zu überwinden mit Hilfe rationaler Einsichten, die die Welt verstehbar machen. Die aufklärerische Funktion solcher Haltung besteht in dem Willen der Überwindung der Unmündigkeit der Menschen, sie will dem Menschen die Furcht nehmen, in dem sie die Welt verstehbar und beherrschbar macht. Im Kampf gegen die Leichtgläubigkeit, die Selbstverständlichkeit der Tradition und in dem Willen zum Zweifel an dem Soseienden bildet sie Erkenntnisse aus. Sie geht aus von dem ethischen Impuls, nämlich die Welt menschlicher zu machen, dazu bedient sie sich rationaler Methoden. Diese ursprüngliche Einheit von ethischem Impuls und rationalem Mittel wich bald einer Prävalenz des Mittels, so daß sich wiss. Denken gegen sich selbst kehrte; die angestrebte Veränderung der Welt zu einer menschlichen etablierte ein Herrschaftsdenken, das in der Wissenschaft längst angelegt, in den totalitären Erscheinungen heute unübersehbar geworden ist. Damit wird die Reflexion notwendig auf die dialektische Erscheinung der Wissenschaft gelenkt. Anonym und bedrohend, weil für den einzelnen nicht mehr durchschaubar, sind heute die Konsequenzen des wissenschaftlichen Denkens, es tut also not, eine Reflexion, die nicht mehr nur das objektive Gegenüber in den Blick faßt, sondern als Reflexion der zweiten Stufe sich selbst analysiert. Geschieht solche Reflexion nicht, bleibt sie ein unbesetztes Einbruchsfeld für die Mystiker des Stils Heidegger, deren Konsequenz darin besteht, mit den unheilvollen Folgen auch gleichzeitig den ursprünglichen ethischen Impuls des wiss. Denkens madig zu machen und damit dem Faschismus den Boden zu bereiten. Die Tendenz zur Beherrschbarmachung verwandelte die Welt in Objekte, weil das Wissen auf Verfügbarkeit zielt. Es erstrebt eine alle Einzelheiten umfassende Methode. Das Ideal ist eine überschaubar gewordene Welt. Der Ausdruck dafür ist die Formel, die das Singuläre komparabel macht. Die Wahrheit findet ihr Kriterium an der Vorausberechenbarkeit, dem disponierenden Denken. Es soll nichts mehr unverstanden draußen sein, weil das eine Quelle der Angst bedeutet. Im Protokollieren und Systematisieren verschwindet die Einzelheit. Dieser Prozeß segelte in der Fahrrinne der arbeitsteiligen Gesellschaft, die eine immer weiter vorangetriebene Spezialisierung verlangte. Das Ganze schwand immer mehr aus dem Blick, die funktionalisierte Vernunft wurde zur "zwecklosen Zweckmäßigkeit", ihre "kalkulierende Emsigkeit" wurde gegen allgemeine Ziele neutral. Das vergegenständlichte Denken vergaß dabei die Sache, es sieht nur noch Zwecke. Je mehr aber das Ganze aus dem Blick schwand, destomehr beschränkte man sich auf die Konstatierung von Tatsachen. Aus Angst vor metaphysischer Gaukelei wurde man in einem hohlen Pathos der Nüchternheit allergisch gegen die theoretische Einbildungskraft. Man arbeitete nur noch mit einem Teilaspekt,

der Aufklärung, nämlich der rationalen Durchdringung der Wirklichkeit, die ethische Komponente fiel aus. Je mehr man aber die vorhandene Wirklichkeit durchdrang, desto zukunftsleerer wurde die Welt. Reiner Pragmatismus besitzt keine Kraft zum Verändern mehr. Erkenntnis beschränkt sich dann auf die reine Wiederholung des Tatsächlichen im abbildenden Bewußtsein. Die Wissenschaft erhebt die Notwendigkeit zur obersten Kategorie. Die Normierung, die alle Wissenschaft durch die Naturwissenschaft bewußt oder unbewußt erfuhr, spiegelt die Welt als eine unveränderbare vor. Der Positivismus hat die Welt auf die Blindheit und Stummheit der reinen Tatsachen reduziert. Damit wurde die Welt manipulierbar und zugleich hat diese allgemeine Hantierbarkeit auch zur Folge, daß Macht das Prinzip aller Beziehungen wird. Die Verobjektivierung machte die Welt nicht menschlicher, sondern bedeutet eine Angleichung an die Strukturen des Unlebendigen, aus der Welt des Menschen wurde eine riesige Maschine, die bis in die Freizeit hinein alles reglementiert. Beide Effekte (Herrschaftsdenken und Abspiegelung einer unveränderbaren Wirklichkeit) wurden richtig gewonnen aus der Beschäftigung der Natur aber falsch absolviert und bestimmen das Denken als präfaschistische Tendenzen allgemein. In Wahrheit will rechter Geist immer die Verdinglichung überwinden. Zur Wahrheit gehört mehr als positivistische Datierung, sie lebt von der produktiven Einbildungskraft. Der erste Schritt zur Überschreitung einer bloßen Datierung wäre es, die selbstzerstörerischen Aspekte der Wissenschaft in die Reflexion mit aufzunehmen. Solche reflektierende Haltung wird schon von ihrem Ausgangspunkt her sich nicht bei dem Bestehenden beruhigen, ihre gegen sich selbst kritisch gewordene Einstellung wird auch nicht totalitär sein können, es sei denn sie verzweifele in der Analyse. Indem sie damit beiden Fehlern der Wissenschaft als Herrschaft wenigstens in der Abwehr entgeht, ist sie schon ein Fortschritt. Selbstkritische Reflexion mit Tendenz zu wirklichkeitsverändernder Praxis ist immer schon das Bessere gegenüber Fanatismus und flachköpfigem Optimismus. Sie wird die Hypostasierung eines Pseudowissens zur totalen Weltanschauung ebenso brandmarken wie die Leichtfertigkeit in der Rezeptierung allgemeiner Regeln. Sie wird nicht gegen die Vernunft polemisieren, sondern die durch keine Selbstreflexion gebrochene, und deshalb unechte Vernunft zu sich selbst bringen, in dem sie ihr aufzeigt, welche Gestalt sie hat. Sie wird nicht das Prinzip einer allgemeinen Moral aufstellen, das daher in Führergefolgschaft übernommen werden kann, sondern sie wird viel zur Kritik bringen, in der Hoffnung, daß viele kritisch Reflektierende die Veränderung der Welt, die so oder so täglich geschieht besser leisten werden.

Ohne solche Reflexionen werden sich allenfalls institutionelle Veränderungen erreichen lassen, sicher aber kein Fortschritt auf dem Wege zur Universitas und Freiheit. Die Erkenntnis der Wissenschaft als unvollendete Aufgabe der Aufklärung wird jeden Versuch als illusorisch erweisen, der ausgerechnet die Hochschule als separierten Bereich innerhalb der Gesellschaft aussondern will. Die allgemeine Vergesellschaftung macht die Universität als Insel illusorisch, die Universität kann nur noch in einer verwalteten Welt bestehen, aber sie wird in solcher Reflexion als der Ort bewußt, wo Tolitarismus in jeder Form, oder um es konkret zu sagen, wo Konzentrationslager, Mens chenversuche, Folterungen und alle anderen Scheußlichkeiten manipulierten Denkens ihren geistigen Ursprung haben. Der entrüstete Hohn, mit dem die Mehrheit der Studierenden auf diese These reagieren wird, spricht umsomehr dafür, endlich die Reflexion auch auf die affektbesetzten Bewußtseinsschichten auszudehnen,

anstatt deren Erklärung einem kraftlosen Schicksalsdenken auszusetzen.

Die Wissenschaft als der Ursprungsort des Herrschaftsdenkens hat wie kein anderer Bereich der Gesellschaft die Aufgabe, wenn schon nicht aus ethischen Impulsen, so zumindest aus Gründen geistlicher Redlichkeit, die Reflexion auf sich selbst und ihre gesellschaftsprägende Gestalt auszudehnen. Solche Reflexion wäre ein konkreter Inhalt für Vorlesungen und Übungen im Sinne eines angestrebten, aber, weil ohne Einheitspunkt konzipierten, eben auch versandeten Studium generale. Gesellschaftswissenschaftliches Grundstudium in diesem Sinne böte auch die Möglichkeit Geisteswissenschaftler und Naturwissenschaftler unter einem Thema zusammenzuführen, konkret gesagt: in der GeWi-Übung würde der Physikstudent neben dem angehenden Studienrat sitzen. Außerdem würde ein derartiges Studium, das in seiner Tendez durchaus begrüßenswerte (und hoffentlich auch von den an sich richtigen Vorschlägen des VDS bezüglich der Zwischenprüfung nicht bedrohte) Philosophium als Pflichtprüfung für alle Lehramtskandidaten in seiner gegenwärtigen kreuzlahmen Müdigkeit, mit der es absolviert wird, auf eine konkrete Basis stellen. Denn sicher liegt die Unlust an dieser Pflichtphilosophie nicht zuletzt darin begründet, daß der gesellschaftliche Aspekt, ohne den Philosophie spätestens nach Karl Marx nicht mehr sinnvoll betrieben werden kann, in den auf das Philosophikum vorbereitenden Übungen und Vorlesungen auf allen westdeutschen Hochschulen fast ganz ausfällt. Es ist mehr als bedauerlich, um nur ein Spezialgebiet herauszunehmen, daß die Kunst- und Literaturinterpreten aller Sparten immer noch nicht begriffen haben, welche furchtbaren über den fachlich-wiss. Solipsismus hinausführende Aspekte sich durch die soziologische Kunst- und Literaturbetrachtung eröffnen. Es ist geradezu grotesk, daß Arnold Hauser unter den Studenten weitgehend ungekannt ist.

Mit diesen Überlegungen ist die Notwendigkeit eines GeWi-Studiums nur von ihrer immanenten Wahrheitsseite her betrachtet worden. Selbstverständlich hat sich dem sofort die Frage nach ihrer politisch-praktischen Wahrheit anzuschließen, da jede Wahrheit auch dahingehend zu betrachten ist, ob ihre Proklamierung ihrer Intention dient oder, bei aller guten Absicht, in der politischen Propagierung ihrem Wirksamwerden abträglich ist, ob also der SDS gut beraten ist, wenn er ein GeWi-Studium (für das noch ein unbelasteter Name gefunden werden muß) fordert, obwohl er weiß, daß dessen Durchführung bei dem gegenwärtigen Stand der gesellschaftswissenschaftlichen Richtungslosigkeit an den westdeutschen Hochschulen aller Wahrscheinlichkeit nach nur den Erfolg hat, daß ein guter Gedanke nur rein formale Erfüllung seines Anspruches zu Tode geredet wird. Diese Befürchtung wird sich bei realistischer Einschätzung der Situation als zweifellos bereichtigt erweisen, was den GeWi-Betrieb des ersten Jahrzehnts nach seiner Einführung angeht. Aber der Sozialist wird taktische Erwägungen nicht an die erste Stelle seiner Überlegungen stellen können, weil er 1.) sein Handeln mehr von der Zukunft als von der Gegenwart bestimmen läßt, und weil er 2) von der Evidenz der von ihm vertretenen Sache überzeugt ist, die sich auf Grund der in ihr liegenden Rationalität durchsetzen wird, auch wenn sie zunächst verbogen und verfälscht werden sollte. Es würde einem bedauerlich pessimistischen Menschenbild entsprechen, wollte man annehmen, alle Menschen seien so dumm, daß sie, einmal auf die Bahn soziologischer Analyse geführt, sich auf die Dauer mit Fehlinterpretationen abspeisen ließen.

E. Kaebel

BUNDESJUGENDPLAN

THEORIE...

(Zitate aus der Rede, die Bundestagspräsident D. Dr. Gerstenmaier anläßlich einer Feierstunde zum 10-jährigen Bestehen des Bundesjugendplanes hielt.)

"Am wichtigsten erscheint mir, daß unser freiheitlicher Rechtsstaat mit seinem Bundesjugendplan nicht so sehr auf begründete oder unbegründete Ansprüche oder Forderungen antwortet, als daß er von sich aus den guten Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringe, seiner Jugend die Wahrnehmung jeder vernünftigen Chance ihres Werdens zu ermöglichen. Der Bundesjugendplan und seine Mittel machen aus Deutschlands Jugend bei weitem nicht das, was sie werden soll. Aber der Bundesjugendplan und seine Mittel sind eine Chance mehr für viele, daß aus sich selber zu machen, wozu sie berufen sind. Eine Hilfe also zur freiheitlichen Selbstverwiklichung seiner jungen Menschen und damit eine Bekundung des deutschen Volkes, daß es die Freiheit des Werdens überhaupt ernst nimmt - das ist der Sinn des Bundesjugendplanes."
"Wir wollen uns nicht sagen lassen, daß wir der Jugend unseres Volkes an etwas fehlen lassen, was wir ihr in ihrem Werden und auf dem Weg zu ihrer Berufung geben können. Dazu gehört die Möglichkeit der Persönlichkeitsbildung, dazu gehört die Möglichkeit der Berufs- und der Sozialbildung, und dazu gehört die Erlangung eines freien und pflichtbewußten persönlichen Verhältnisses zum eigenen Volk und Staat wie zu der Welt und Zeit in der wir leben."

...UND PRAXIS

Wenn heute irgendetwas die Vorsilbe "Bundes..." trägt, ist jedermann geneigt, an eine Untergliederung der Bundesregierung zu denken. Das ist das Ergebnis intensiver propagandistischer Bearbeitung der westdeutschen Bevölkerung, das heute schon dieser ganze Staat, die Bundesrepublik, mit der von Adenauer geführten Bundesregierung identifiziert wird. Eine der Institutionen, bei denen diese naheliegende Gleichsetzung bisher unberechtigt war, war der Bundesjugendplan. Bei ihm gab es institutionlisierte Demokratie von unten her an Stelle rein administrativer Entscheidung. Bundesminister Würmeling rühmte diese demokratischen Züge unlängst anläßlich einer Feier zum 10-jährigen Bestehen des Bundesjugendplanes: "Jeder, der in der Jugendarbeit steht, weiß heute, daß nach unserer Überzeugung wie nach unserer Praxis die Zeiten einer Staatsjugend endgültig vorbei sind und daß auch kein staatlicher Dirigismus die Vielfalt in der Freiheit gefährdet." Bundesminister Würmeling behauptete, die Bundesregierung habe "die Durchführung des Bundesjugendplanes weiterhin in die Verantwortung erfahrener und bewährter Träger der freien Jugendarbeit gelegt..."

Den Worten des Bundesministers haftet der kleine Schönheitsfehler an, daß gleichzeitig staatlicher Dirigismus der Bundesregierung die "erfahrenen und bewährten Träger der freien Jugendarbeit" in einem Falle ganz kalt überfahren hat, obwohl doch bei ihnen die Durchführung des Bundesjugendplanes liegen soll. Dem Sozialistischen Deutschen Studentenbund wurden am 10. Oktober 1960 die Zuschüsse aus dem Bundesjugendplan vom zuständigen Ministerialrat Dr. Scheidemann aus politischen Gründen gestrichen, obwohl sie von den erwähnten Trägern der Selbstverwaltung vorher bereits bewilligt waren.

Zuständig auf dem studentischen Sektor ist dafür der Vorprüfungsausschuß in Bonn, dessen Federführung beim Verband Deutscher Studentenschaften liegt. Alle überhaupt aus dem Bundesjugendplan geförderten Studentenverbände gehören dem Ausschuß an. Auch die Arbeitsgemeinschaft der politischen Studentenverbände der Bundesrepublik (LSD, SDS, RCDS, ISSF) hatte dem SDS-Antrag ohne Bedenken zugestimmt. Ohne Benachrichtigung dieser Institutionen der Selbstverwaltung des Bundesjugendplanes entzog das Bundesinnenministerium dem seit Bestehen des Bundesjugendplanes geförderten Sozialistischen Studentenbund die Zuschüsse für das laufende Haushaltsjahr.

Keine Staatsjugend mehr ?

Seither wurde nichts unversucht gelassen, die Entscheidung des Innenministeriums zu revidieren. Die zuständigen Gremien der Selbstverwaltung des Bundesjugendplanes haben gegen die Verwaltungsentscheidung protestiert und stichhaltige Begründungen angefordert. Sie haben diese Begründung nicht erhalten. Der Bundesvorstand des SDS hat im Bundesinnenministerium selbst gegen die Maßnahme prodestiert und vergeblich Beweise gegen sich angefordert. Heute ist es unverkennbar, daß das Bundesinnenministerium einer Diskussion auszuweichen Grund hat. Während die Anfragen der studentischen Verbände unbeantwortet blieben, teilte das Bundesinnenministerium den politischen Studentenverbänden lapidar mit, sie könnten das dem SDS entzogene Geld unter sich aufteilen. Der Liberale Studentenbund (LSD) und der Internationale Studentenbund (ISSF) wiesen das Angebot des Bundesinnenministeriums ab, weil ihnen Gründe für die Maßnahme gegen des SDS nicht bekannt seien. Der Ring Christlich- Demokratischer Studenten (RCDS) aber, der ohnehin für die Zukunft mehr Geld als die übrigen politischen Verbände beansprucht, forderte bis zu DM 4 500. -- von den dem SDS entzogenen Zuschüssen. Am Geld richt man es bekanntlich nicht. Jedenfalls ist mit dem 1.1.1961 das Hauhaltsjahr und damit jede Möglichkeit einer Zurücknahme der Verwaltungsentscheidung vorübergegangen. Wieder ist ein Stück Demokratie zerbrochen.

Heinz Grossmann

BREITENFÖRDERUNG WEITERHIN UNERWÜNSCHT

Die gerade vom SDS immer wieder vorangetriebenen Diskussionen des vergangenen Jahrzehnts, die zu der heutigen Form der Studentenförderung geführt haben, fanden einen vorläufigen Abschluß auf der Hochschultagung in Bad Honnef, die folgenden Grundsatz aufstellte:

> "Die Förderung richtet sich nach Eignung und Bedürftigkeit.
> Die Eignung bedeutet, daß der Student gute Leistungen zeigt, oder erwarten läßt. Bedürftig ist derjenige, der in zumutbaren Grenzen weder allein noch mit Hilfe seiner Familie die Kosten seines Studiums aufzubringen vermag."

Dieser Grundsatz enthält die einzigen gültigen Kriterien der Stipendienvergabe. Weder eine Begrenzung des Prozentsatzes der geförderten Studenten oder des entsprechenden Haushaltstitels noch sonstige Schranken sind mit ihm vereinbar.

Die Akzeptierung des Honnefer Modells durch die Studentenschaft entsprach der Notwendigkeit, in der heutigen Situation von Gesellschaft und Hochschule, eine einigermaßen annehmbare Lösung zu finden. Dabei ging man von der E wartung aus, daß eine allmähliche Reform des gesamten Bildungsgangs eine wachsende Zahl von Kindern aus ärmeren Schichten zur Hochschule gelangen und damit die im Honnefer Modell angelegte Demokratisierung der Bildung effektiv werden lasse. Heute wird jedoch immer offensichtlicher was diejenigen schon damals

vermuteten, die mit den Frontlinien in unserer Gesellschaft vertraut sind, und was die Praxis der Stipendienvergabe dann manchen ahnen ließ: die Billigung des Honnefer Modells durch die herrschenden Kreise erfüllt die Funktion, den sozialreformerischen Forderungen der Studentenschaft den Wind aus den Segeln zu nehmen. Denn das Honnefer Modell konnte nicht dazu führen, daß nun die Zahl der Studenten aus der Arbeiterschaft zunahm.

Ein Vortrag von Dr. G. Stoltenberg (CDU/MdB) vor dem kulturpolitischen Kongress der CDU/CSU im November 1960 (Cives, Dez. 1960, Nr. 72) läßt diese Vorstellungen ziemlich deutlich erkennen. Bezeichnend ist seine Einstellung zu der Bestimmung des Honnefer Modells, die den Studenten vor der Bewerbung um ein Stipendium abzuschrecken vermag: die Koppelung von Stipendium und Darlehen in den beiden letzten Semestern eines gewöhnlichen Studiums. Diese Fußangel, für deren Beibehaltung es kein einleuchtendes Argument gibt, galt,den Honnefer Beschlüssen zur Folge, nur "für die Zeit bis zur vollen Verwirklichung des Honnefer Modells." Sie hatte lediglich den praktischen Zweck, die Darlehensmittel der Länder für das Modell flüssig zu machen. Dr. Stoltenberg meint jedoch heute: "Wir halten auch die Verbindung von Stipendien und Darlehen für richtig, wiederholen aber unsere Forderung nach einer gewissen Erhöhung des Darlehenanteils, spätestens bei einer künftigen Neubemessung der Sätze."

En passant schmuggelt der CDU-Ideologe dann ein neues Kriterium in die Debatte: die Grenze des Prozentsatzes der Geförderten." Wir brauchen (nach dem Abbau der LAG-Stipendien) die 30 %-Grenze... nicht zu überschreiten." Die heutige soziale Zusammensetzung der Studentenschaft soll also erhalten bleiben, und sie wird erhalten bleiben, wenn dieser Limit - wie zu erwarten - zur Bemessungsgrundlage für den Haushaltstitel wird. Betrachten wir die bestehende Práxis der Stipendienvergabe auf der einen und ihre Verteidigung durch Dr. Stoltenbert auf der anderen Seite, dann wird deutlich, daß alle Pseudo-Aktivität der CDU in Hochschulfragen, es nicht zu verschleiern vermag, daß die CDU allen Forderungen des VDS entgegen die gegenwärtigen Zustände zu konservieren versucht. Der Berliner Studententag hat jedoch gezeigt, daß die Mehrheit der Studentenschaft mit Entschiedenheit auch in der Bundesrepublik endlich die den heutigen Möglichkeiten und Erfordernissen entsprechende Breitenförderung erwartet.

Thomas von der Vring

GRUPPEN - BERICHT

Die einzelnen Hochschulgruppen des SDS sind innerhalb des Verbandes immer weitgehend autonom gewesen. Sie können im Rahmen der Verbandssatzung ihr Programm, ihre Veranstaltungen und Aktionen, selbst bestimmen und durchführen. Solche Organisation "von unten", die die Gruppen zu den eigentlichen Trägern der Verbandsaktivität macht, bedarf aber, wenn sie effektiv sein will, einer Koordinierung. Die Notwendigkeit einer solchen Maßnahme, nicht zuletzt angesichts der kritischen Situation des SDS im vergangenen Jahr ist von der Frankfurter Delegiertenkonferenz im Oktober 1960 besonders betont worden. Der BV hat sich seitdem bemüht, gewisse Richtlinien zur Koordinierung der Gruppenarbeit auszuarbeiten und sie den Gruppen als Vorschläge zu empfehlen.

Wenn der SDS als Verband sich heute wieder einigermaßen konsolidiert hat, so verdankt er dies in nicht geringem Maß der Bereitwilligkeit der Gruppen, mit dem BV intensiver als bisher zusammenzuarbeiten sowie dem besseren Kontakt der einzelnen Gruppen untereinander. Der eingeschlagene Kurs hat sich, wenn auch in bescheidenen Grenzen, als erfolgreich erwiesen, Dies sei an einigen Gebieten, in denen der SDS aktiv war, aufgezeigt.

1) Ein Schwerpunkt er Aufgaben des SDS liegt in seiner wissenschaftlich-theoretischen Arbeit. Hier ist es mit Hilfe der Gruppen gelungen, daß an den meisten Hochschulorten, in denen der SDS vertreten ist, theoretische Arbeitskreise eingerichtet werden konnten: in den kleineren und mittleren Gruppen zumindest einer (STUTTGART, GERMERSHEIM, BRAUNSCHWEIG, MARBURG, KÖLN, HEIDELBERG, SAARBRÜCKEN, MAINZ, BONN) in den größeren oft mehrere (FU BERLIN 6 , FRANKFURT 4, TÜBINGEN 3, MÜNCHEN, WILHELMSHAVEN, FREIBURG, GÖTTINGEN, KIEL je 2) das vom BV vorgeschlagenen Thema einer Einführung in die sozialistische Theorie ist vieler Orts aufgegriffen worden, daneben beschäftigen sich die Gruppen aus eigener Initiative mit anderen Gebieten, die von allgemeinen Analysen des Nationalsozialismus (FREIBURG) , wirtschaftswissenschaftlicher Fragen (MÜNCHEN, KIEL, HAMBURG), Kulturpolitik und Kunst (KIEL), Rechtssoziologie (FRANKFURT) bis hin zu speziellen Erörterungen wie etwa der Lyrik des Expressionismus (WILHELMSHAVEN) oder der Diskussion von Lukacs' "Geschichte und Klassenbewußtsein" (FRANKFURT) reichen.
Die Gruppe TÜBINGEN organisierte neben ihren Arbeitskreisen noch ein Seminar zum Thema "Afrika und die Welt von morgen".

2) Zentrum der Hochschulpolitischen Aktivität ist die FU -Gruppe BERLIN; In anderen Gruppen, so in FREIBURG und FRANKFURT , läuft die Arbeit auf diesem Gebiet an, in dessen Mittelpunkt die Bemühungen um ein neues Hochschulprogramm stehen. In 5 Berliner Arbeitskreisen werden folgende Themen behandelt:

   Die Hochschule innerhalb des allgemeinen Bildungswesens
   Studienreform und politische Bildung
   Studentenförderung und Nachwuchsförderung
   Hochschulverfassung
   Wissenschaftsplanung

   Über die Berliner Vorschläge zur Reform des Hochschulstudiums wurde bereits in der ersten Ausgabe der INFORMATIONEN berichtet. Weitere Stellungnahmen der Berliner Kommission zum Thema: akademische Freiheit und Organisation des Studiums sowie ein Memorandum über: Gründe für die Notwendigkeit eines gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudiums liegen vor. Bis Ende Februar sollen die Unterlagen für das Hochschulprogramm insgesamt gesammelt sein. Neben dieser theoretischten Arbeit gab der hochschulpolitische Arbeitskreis der FU einen Bericht über die Wahlen zum 12. Konvent der FU, an denen die Gruppe durch eine Wahlsondernummer der DEBATTE und durch ein gemeinsam mit LSD und ESG veranstaltetes Vorbereitungsseminar für Konvents-Kandidaten aktiv teilnahmen. Diese Bemühungen spiegelten sich im Wahlergebnis: 5 SDS-Kandidaten wurden gewählt und in der Gesamtbesetzung des Konvent machte sich ein "Ruck nach links" bzw. zur unabhängigen neutralen Mitte bemerkbar. Vom SHB wurde trotz aufwendiger Glanzpapierwahlbroschüre nur ein Kandidat gewählt. (Genaue Wahlergebnisse siehe unten).

Zur hochschulpoltischen Aktivität in Frankfurt wäre anzumerken, daß die Gruppe durch die Herausgabe einer neuen Flugzeitung (Informativ) Einfluß auf ASTA und Studentenparlament zu gewinnen versucht; ähnliches gilt für die Gruppe MAINZ , die zweimal monatlich die Zeitung "Das offene Wort" für die Universität Mainz heraus gibt.

3) Eine politische Aktion des SDS, die auch in der breiteren Öffentlichkeit Beachtung fand und über die in verschiedenen Tageszeitungen berichtet wurde, waren die Algerien-Veranstaltungen zum Tag der Menschenrechte. Fast alle Gruppen nahmen mit Vorträge über Algerien, durch Verteilen von Flugblättern, Demonstrationen und Kundgebungen daran teil. Der Bundesvorstand gab eine Presse erklärung ab, in der er sich solitarisch erklärte mit den Aktionen der Jeune Resistance und dem Manifest der 121 in Frankreich. Welch politisch heißes Eisen der SDS mit diesen Veranstaltungen angefaßt hatte, zeigte sich an einigen Zwischenfällen: in MARBURG wurde die vom SDS inszenierte Demonstration aus "verkehrstechnischen Gründen" polizeilich verboten; der vorgesehene Algerien-Vortrag der TU- Berlin scheiterte am Erscheinen der Kriminalpolizei. (Ihr politisches Interesse soll den Studenten der TU und der Hochschule für bildende Künste in Berlin nun dadurch ausgetrieben werden, daß vom Senat des Inneren die Berliner Hochschulverwaltung angewiesen wurden, alle Veranstaltungen politischer Studentenverbände, offensichtlich zwecks besserer polizeilicher Kontrolle, vorher polizeilich zu melden.) Auch in KIEL erreichte der Redner, der 2. Sekretär der FLN , Krim Kassim, nur den Eingang des von Polizisten bewachten Hörsaals, wo ihm mitgeteilt wurde, er dürfe nicht sprechen. Diese Fakten kommentieren sich selbst und unterstreichen nur die Notwendigkeit für ein entschiedenes Eintreten gegen den algerischen Kolonialkrieg.

Positiv zu bewerten ist die gute Zusammenarbeit anderer politischer Studentengruppen mit dem SDS bei den Algerien-Aktionen. An mehreren Hochschulorten (BONN, FREIBURG, KIEL, MÜNCHEN) wurden die Veranstaltungen gemeinsam von SDS, LSD der Arabischen Studentenvereinigung und dem ISSF durchgeführt. Es sollte versucht werden, diese Kontakte auch künftig aufrecht zu erhalten und zu verstärken.

4) DemKontakt mit ausländischen Genossen diente ein Seminar, das der Landesverband Berlin mit 24 englischen Genossen durchführte, hauptsächlich Mitglieder der NALSO (National association of Labour Student Organizations). Referiert und diskutiert wurde über die militärpolitische und ökonomische Nachkriegsentwicklung Englands und Westdeutschlands und über die Situation in der Arbeiterbewegung.

(Berliner Konventswahlergebnisse: Nach der Fraktionierung des Wahlkampfes aufgegliedert ergibt sich folgendes Bild:

rechte Fraktion (FKS, RCDS, Rechtsunabhängige, SHB)	23
neutrale	16
linke Fraktion (SDS, SDS-Sympatisanten, LSD)	26)